

Deutschland und Frankreich in der frühen Neuzeit

Ancien Régime Aufklärung und Revolution

Herausgegeben von
Rolf Reichardt und
Eberhard Schmitt

Band 12

Bisher erschienen:

- Band 1: Günther Lottes
Politische Aufklärung und plebejisches Publikum
- Band 2: Susanne Petersen
Lebensmittelfrage und revolutionäre Politik in Paris 1792–1793
- Band 3: Klaus Deinert
Konrad Engelbert Oelsner und die Französische Revolution
- Band 4: Hans Ulrich Gumbrecht, Rolf Reichardt, Thomas Schleich (Hrsg.)
Sozialgeschichte der Aufklärung in Frankreich
- Band 5: Emmanuel Joseph Sieyès
Politische Schriften 1788–1790
- Band 6: Gerd van den Heuvel
Grundprobleme der französischen Bauernschaft 1730–1794
- Band 7: Michel Vovelle
**Die Französische Revolution –
Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten**
- Band 8: Hans-Jürgen Lüsebrink
Kriminalität und Literatur im Frankreich des 18. Jahrhunderts
- Band 9: **Die Französische Revolution – zufälliges oder notwendiges Ereignis?**
- Band 10: **Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680–1820**
- Band 11: Manfred Agethen
Geheimbund und Utopie

R. Oldenbourg Verlag München 1987

Deutschland und Frankreich in der frühen Neuzeit

Festschrift für
Hermann Weber
zum 65. Geburtstag

Herausgegeben von
Heinz Duchhardt und Eberhard Schmitt

R. Oldenbourg Verlag München 1987

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Deutschland und Frankreich in der frühen Neuzeit :

Festschr. für Hermann Weber zum 65. Geburtstag /

hrsg. von Heinz Duchhardt u. Eberhard Schmitt. –

München : Oldenbourg, 1987.

(Ancien régime, Aufklärung und Revolution ; Bd. 12)

ISBN 3-486-54161-7

NE: Duchhardt, Heinz [Hrsg.]; Weber, Hermann:

Festschrift; GT

© 1987 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf deshalb der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Gesamtherstellung: Weihert-Druck, Darmstadt

ISBN 3-486-54161-7

Inhalt

Vorwort	VII
-------------------	-----

<i>Roland Mousnier</i> , Paris Centralisation et décentralisation	1
--	---

<i>Volker Press</i> , Tübingen Frankreich und Bayern von der Reformation bis zum Wiener Kongreß . . .	21
--	----

<i>Günther Wartenberg</i> , Leipzig Die Politik des Kurfürsten Moritz von Sachsen gegenüber Frankreich zwischen 1548 und 1550	71
---	----

<i>Albrecht P. Luttenberger</i> , Mainz Libertät. Zur reichspolitischen Tragweite der Kriegspropaganda Frank- reichs und seiner deutschen Verbündeten 1552	103
--	-----

<i>Heinrich Lutz</i> (†) Kardinal Reginald Pole und die Friedensvermittlung zwischen Habsburg und Frankreich (1555/56)	137
--	-----

<i>Jean Richard</i> , Dijon Au temps de la celtomanie: comment un historien bourguignon du XVIe siècle voyait les migrations des Burgondes	163
--	-----

<i>Karl Josef Seidel</i> , Bonn Zentrale Ständevertretung und Religionsfrieden in Deutschland und Frankreich (1555 – 1614)	187
--	-----

<i>Klaus Malettke</i> , Marburg Altes Reich und Reichsverfassung in französischen Traktaten des 17. Jahrhunderts	221
--	-----

<i>Wolfgang Hans Stein</i> , Koblenz Richelieu unter den Komödianten. Zur Darstellung Frankreichs in der deutschen Flugblattliteratur des Dreißigjährigen Krieges	259
---	-----

<i>David J. Sturdy</i> , Coleraine Images of France and Germany: the Accounts of English Travellers in the Seventeenth Century	293
--	-----

<i>Winfried Dotzauer</i> , Mainz Macht – Politik – Diplomatie. Gedanken über die Neudimensionierung der Verständniskategorien der französischen Deutschland-Diplomatie nach 1648 unter besonderer Berücksichtigung des Rheingebiets	331
--	-----

VI *Inhalt*

René und Suzanne Pillorget, Paris

De la majorité légale au sacre de Louis XIV (1651 – 1654) 361

Andreas Kraus, München

Eine Geschichte Bayerns für den Dauphin 383

Klaus Peter Decker, Büdingen

Rheingauer Geiseln im „Pfälzischen Krieg“. Zur französischen
Kontributionskriegführung im 17. Jahrhundert 407

Jürgen Voss, Paris

Der Herzog von Saint-Simon und Deutschland 439

Peter Claus Hartmann, Passau

Die Bedeutung Marschall Broglies für Kaiser Karl VII. 467

Karl Otmar Freiherr von Aretin, Mainz/Darmstadt

Karl VII. als Kaiser Reichsitaliens 487

Walter G. Rödel, Mainz

Frankreich, Kurpfalz, Kurmainz und die Frage der Römischen
Königswahl 1753 – 1755 509

Georges Livet, Strasbourg

Strasbourg et la navigation du Rhin. Contribution à l'étude des relations
entre la Ville et le Margraviat de Bade à la fin du XVIIIe siècle 549

Konrad Fuchs, Mainz

Die „Seidenstädte“ Krefeld und Lyon. Versuch eines Vergleichs 589

Helmut Mathy, Mainz

Mainzer Gutachten zur Halsbandaffäre im Vorfeld der Französischen
Revolution 617

Franz Dumont, Mainz

Ein Mainzer Jakobiner. Das Leben des Arztes Peter Joseph Daniels
(1765 – 1819) 643

Tabula Gratulatoria 683

Vorwort

Als vor einigen Jahren der Gedanke Gestalt gewann, Hermann Weber aus Anlaß seines 65. Geburtstages, einer guten akademischen Tradition folgend, mit einer Festschrift zu ehren, drängte es sich von der ersten Stunde an geradezu auf, sie thematisch am Hauptarbeitsgebiet des Jubilars auszurichten. Der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen und der Pflege der deutsch-französischen Partnerschaft und Freundschaft gilt seit den frühen fünfziger Jahren Hermann Webers ganzes wissenschaftliches Arbeiten, sein leidenschaftliches persönliches Engagement. Als Schüler Max Braubachs war er 1955, eben mit einer Untersuchung der pfälzisch-französischen Beziehungen um die Mitte des 18. Jahrhunderts promoviert, von Bonn an das gerade ins Leben gerufene Centre historique allemand in Paris gewechselt, aus dem später das Deutsche Historische Institut hervorging. Die Geschicke dieses Centre, das schon damals einen lebendigen geistigen Austausch zwischen deutschen und französischen Wissenschaftlern pflog und zahlreiche deutsche Stipendiaten anzog und betreute, hat Weber dann bis Ende der sechziger Jahre geleitet. 1965 habilitierte er sich an der Universität Saarbrücken mit einer umfangreichen Untersuchung über die französische Rhein- und Reichspolitik in der Ära Richelieu, um 1968 einem Ruf auf den Lehrstuhl für Allgemeine und Neuere Geschichte an der Universität Mainz zu folgen, an der er seither forscht und lehrt.

Diese Berufung nach Mainz wurde für ihn wie für die Universität zum Glücksfall. Von Anfang an setzte er sich mit dem vollen Gewicht seiner Persön-

lichkeit für die Förderung der deutsch-französischen Studien und den Ausbau und die Festigung der wissenschaftlichen Kontakte zu Frankreich ein. Für die französischen Kollegen wurde er zu einem der wichtigsten Ansprechpartner "d'outre-rhin" (wie sie es manchmal anfangs nannten, worauf er einmal humorvoll entgegnete, er befinde sich in Mainz nicht anders als sie in Frankreich durchaus "de ce côté-ci du rhin" - aus solch feiner Würze ergab sich nicht selten ein tieferes Gespräch und mitunter der Anstoß zur wissenschaftlichen Neuinterpretation bzw. ersten ernsthaften Erforschung vermeintlich längst bekannter Sachverhalte). Solche deutsch-französischen Begegnungen auf dem Felde der Geschichtsforschung und der Diskussion darüber, wie der eine Kulturraum den anderen über die Jahrhunderte hinweg sah, verstand oder mißverstand, regten im wesentlichen auch die Arbeiten der Schüler Webers an, Untersuchungen, die die Beziehungen und Spannungen zwischen dem Frankreich des Ancien Régime und der vielfältig verklammerten Territorienwelt des Alten Reiches erforschten und neu beleuchteten.

Hermann Weber trug viel dazu bei, die Partnerschaft zwischen den Universitäten Mainz und Dijon mit Leben zu erfüllen; er brachte gemeinsame Lehrveranstaltungen mit gemeinsamen Exkursionen zustande und initiierte einen Studentenaustausch mit gegenseitiger Anerkennung der Leistungsnachweise, wie er heute noch beispielhaft im Bereich des deutsch-französischen akademischen Austausches ist. Webers Einsatz in Gremien und auf Kongressen hat stets, ebenso wie seine Arbeit mit den und für die Studierenden, einen bedeutenden Teil seiner Arbeitskraft verzehrt, von endlosen Beratungen in Studienreformkommissionen bis hin zur Tätigkeit als Generalsekretär der "Monumenta Europae Histo-

rica", die kurz nach Beginn seiner Mainzer Tätigkeit mit der Edition der Papiere Richelieus ihre Arbeit aufnahm. Dieser Einsatz hat in einer Weise, wie sie nicht jedem vergönnt ist, Ertrag gebracht: Die Intensivierung der coopération franco-allemande auf dem Felde der Geschichtswissenschaft ist heute eine - vielfach institutionalisierte - Realität, die auch ihm zu danken ist.

Die Herausgeber sagen an dieser Stelle den Schülern Webers und allen Fachkollegen im In- und Ausland, die die Beiträge zu dieser Festschrift beige-steuert haben, ihren herzlichen Dank. Die Resonanz war so groß, daß es sich rasch nicht nur als wünschenswert, sondern als notwendig erwies, die Thematik des Bandes konsequent auf die frühe Neuzeit und die deutsch-französischen Beziehungen einzuengen. So werden manche vorgeschlagenen Beiträge, die außerhalb dieser festumgrenzten Thematik stehen und die wir gern berücksichtigt hätten, an anderer Stelle erscheinen. Ein Wort des Dankes sei hier auch Adelgunde Holland und Sonja Pfeufer gesagt, die die Artikel dieses Bandes auf einem jener Schreibgeräte ins Reine schrieben, die man ob ihres Preises, ihrer komplizierten Tastatur und ihrer flimmernden Lämpchen als fortschrittlich zu bezeichnen sich angewöhnt hat, die aber in Wahrheit so praktisch und so leistungsfähig sind wie das ein-drucksvolle Gerät, das in Charlie Chaplins "Moderne Zeiten" dem homo sapiens die Mühe des selbständigen Essens und Trinkens abnimmt. Sollte sich der eine oder andere formale Mangel trotz unserer Korrekturbemühungen in diesem Buch gehalten haben, bitten wir die Autoren und den Jubilar um Nachsicht.

Autoren und Herausgeber verbinden ihre Glückwünsche an Hermann Weber zu seinem 65.Geburtstag mit

der Hoffnung, er möge auch nach seiner Emeritierung zum Nutzen der wissenschaftlichen Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich tätig bleiben, und mit dem herzlichen Wunsch, daß es ihm vergönnt sein möge, viele seiner wissenschaftlichen Vorhaben zum Abschluß zu bringen. Ad multos annos!

Heinz Duchhardt

Eberhard Schmitt

Roland Mousnier

Centralisation et décentralisation

Centralisation et décentralisation sont des mots très employés, en particulier depuis un demi-siècle, et surtout le second. Ils ont servi dans des sens très divers. Centralisation a été pris souvent dans le sens "d'étatisme" et ce dernier vocable a évolué de plus en plus vers la signification de "totalitarisme", c'est-à-dire une situation où l'Etat règle par décision contraignante toute la vie des citoyens, du lever au coucher et de la naissance à la mort. "L'étatisme", le "totalitarisme", la "centralisation" sont honnis et vomis. "Décentralisation", mot à la mode, a fini par signifier aussi toutes sortes de choses. Il a été employé même pour signifier l'éparpillement des services administratifs de l'Etat, ou des musées, ou des archives anciennes, ou des usines, ou des magasins de commerce, à travers la France. On a vu fonctionner une Commission de décentralisation qui acceptait en principe la création de centres de recherche d'histoire n'importe où, pourvu que ce ne soit pas à Paris, et qui cherchait pour les implanter des lieux qui avaient peu de ressources, sans se soucier apparemment des possibilités d'accès et d'existence, et malgré parfois, les protestations des historiens provinciaux eux-mêmes, qui demandaient chacun que si les nouveaux centres de recherches ne pouvaient être installés dans leur province particulière, alors ils le soient à Paris. Décentralisation a pris aussi un sens anarchisant. Des sénateurs, maires de leur ville, réclament

pour chaque commune de France, petite ou grande, la possibilité de décider de toutes ses affaires locales, création de route, institution de collège, ouverture d'usine, à son gré, comme si les dépenses d'une commune ne devaient pas influencer sur la capacité des ses habitants de contribuer aux dépenses de la France, et comme si il n'y avait pas une politique économique de la France dans son ensemble. Mais, sous toutes ses formes, la décentralisation est considérée comme bonne, en elle-même, partout et toujours, comme devant stimuler les initiatives créatrices, favoriser le développement de toutes les productions et l'enrichissement du pays, économique, scientifique, littéraire, artistique et même moral. L'on ne se demande jamais, si la décentralisation ne va pas favoriser les particularismes, les égoïsmes locaux, collectifs ou individuels, les ambitions des forts et des potentats locaux, et finalement, favoriser l'oppression des faibles et des petits, d'une part, puisqu'ils ne pourront plus avoir recours à l'autorité tutélaire de l'Etat et à sa protection, et d'autre part, affaiblir le corps politique d'ensemble, la France, et favoriser les entreprises de l'étranger, au détriment finalement de tous.

Nous n'envisagerons pas ici tous les sens de ces mots. Nous nous contenterons de rappeler qu'il y a toujours une certaine centralisation lorsqu'il y a un Etat, et que l'Etat apparaît à un certain degré de développement d'un corps politique territorial, pour le salut public de ce corps, que ce salut public concerne un risque d'invasion par l'étranger, un risque de guerre civile entre les membres du corps, la nécessité de coordonner les efforts pour une production économique jugée indispensable, la lutte contre un fléau

naturel, ou toute autre menace contre ce corps politique, toute autre nécessité de son existence. L'Etat est un organe naturel indispensable, l'organe qui prend les décisions pour le bien commun du corps politique. Le plus souvent l'Etat existe avant que les membres du corps politique aient pris conscience de son existence. Lorsque les hommes prennent conscience qu'il existe, l'Etat existait déjà et fonctionnait depuis longtemps.

Le rôle de l'Etat, c'est de prendre les décisions concernant le bien de l'ensemble du corps politique, et l'on parle proprement de centralisation lorsque ces décisions sont prises par une seule autorité suprême placée à la tête de ce corps politique, que cette autorité soit un roi, un sénat aristocratique, ou une assemblée de députés, élus selon une mode oligarchique ou démocratique. Le domaine de ces décisions, c'est-à-dire la compétence de l'Etat, peut varier selon les besoins du corps politique. Elle peut se réduire jusqu'à ne comprendre que la défense du pays à l'extérieur et les relations à cette fin avec les autres peuples et Etats, la sécurité des citoyens à l'intérieur et les moyens d'assurer l'ordre, la formation civique et patriotique des citoyens, par un enseignement à l'école et tout au long de la vie. Mais la compétence de l'Etat doit pouvoir s'étendre à tout ce qui devient de salut public, à tout moment de l'existence d'une communauté politique. Dans le ressort de sa compétence, l'Etat doit être tout puissant, sans limite, souverain et il doit pouvoir atteindre directement non seulement des corps, mais chaque citoyen individuellement.

La centralisation est une condition de vie pour tout corps politique. Seuls ont duré et se sont

développés les corps politiques qui ont su réaliser la centralisation nécessaire selon ce que demandaient les circonstances. Tous les Etats durables et forts, toutes les grandes puissances, ont tendu vers une centralisation croissante. Toute l'histoire de l'Europe pourrait constituer une démonstration de cette proposition¹. Contentons nous ici de rappeler les efforts de la monarchie française en vue de cette centralisation salubre dans les trois derniers siècles de son existence.

Lorsque Charles VIII succède à son père Louis XI, la centralisation monarchique est encore relativement peu avancée. En effet les structures du royaume sont celles de groupes formant corps et conservant des pouvoirs de décision. D'abord la parenté naturelle qui est, en France, la descendance bilatérale, la plus proche de la descendance biologique, celle qui permet le plus commodément de savoir de qui on peut attendre aide et secours et à qui on doit secours et aide. Cette descendance laisse une grande importance aux parents "du côté et ligne" de la mère. Mais la coutume d'hériter le nom du père et celle d'attribuer au père le rôle de chef de famille donne à cette parenté une apparence patriarcale. Au seizième siècle, des magistrats ont réclamé le renforcement de l'autorité du père, jusqu'au droit de vie et de mort sur les membres de la famille, comme dans l'ancienne Rome. Les parentés naturelles sont complétées par des parentés artificielles. Le parrain, qui donne un nom à l'enfant au baptême, devait être réellement un second père. Des communautés de vie groupaient des parents et des amis, vivant au même pot et à la même table, travaillant ensemble, sous des noms divers, comme les frérèches. Des fraternités d'armes unissaient des com-

pagnons de combat. Des fidèles se dévouaient corps et âme à des maîtres, des créatures à des protecteurs, qui leur devaient confiance, confiance, entretien et avancement social. Des relations de clientèle, échanges privilégiés de services, existaient largement comme dans toute société, en tout temps. Des fidèles et des clients vivaient dans la maison du maître comme "domestiques" (secrétaires, intendants, hommes de confiance, gardes du corps, folliculaires), à côté des serviteurs et des servantes, et avec eux et les parents naturels constituaient la "famille" du maître.

Toutes sortes d'associations diverses formaient corps, c'est-à-dire avaient un chef, individuel ou collectif, pour exprimer une volonté commune et l'association constituait une personne morale. De ce type étaient des communautés territoriales: communes rurales, villes seigneuriales, fiefs, fiefs de dignité (baronnies, comtés, marquisats, duchés). Dans ces communautés territoriales, ou les transcendant, vivaient d'autres corps: universités, collèges, corporations de métiers, corps d'officiers royaux, ministériels ou magistrats, gens de loi, etc. Chacun de ces corps conservait dans son ordre des pouvoirs de décision. La population était divisée en "ordres" sociaux, dignités relatives avec des fonctions sociales différentes et avec des aptitudes différentes à la puissance publique, plus ou moins reconnus juridiquement et politiquement, assez souvent sans existence officielle: clergé, hiérarchisé, diverses noblesses, "commun" réparti en différents degrés, dont certains constituaient le Tiers-Etat.

Il était difficile au monarque de stimuler les efforts en vue du bien commun du royaume, plus encore des pays sous la domination du roi de France,

d'obtenir argent et hommes pour des entreprises communes, de coordonner les efforts en vue d'un résultat jugé souhaitable pour l'ensemble, de concentrer les moyens là où ils étaient estimés nécessaires, de vaincre les résistances passives ou les révoltes. L'ordre public, la sécurité, la puissance, le prestige des pays sous la domination du roi de France furent souvent compromis.

Ces maux furent ressentis de plus en plus. D'abord par les membres de la dynastie régnante, par ses fidèles, par ses clients, par ses serviteurs, officiers, commissaires, commis, fermiers d'impôts.

Puis par un nombre croissant de regnicoles, à qui l'habitude de vivre sous une même domination, donna peu à peu le sentiment d'intérêts communs, d'une solidarité de l'ensemble, une affection pour cet ensemble, une fierté de lui appartenir. Comme il arrive souvent, l'Etat créa la Nation. La communauté des habitants des pays sous la domination du roi, la France, devint, dans les esprits et pour les coeurs, une personne, aimée comme une mère.

Ces sentiments furent exprimés par la théorie du corps politique, née très tôt, de plus en plus claire et précise au cours du seizième siècle, et qui fut accomplie vers 1570. Jean Bodin l'acheva en 1576 par sa théorie de l'Etat, entité distincte du roi et du peuple. Elle prit souvent une forme organique: le roi est la tête et ses sujets sont les membres d'un corps mystique. Mais pour les uns ce corps mystique est une réalité, distincte des membres qui la composent. Le roi, la tête, sent et exprime les besoins réels, la volonté profonde de ce corps, qui peut être distincte de la volonté exprimée par ses parties. La tête exerce donc, seule, un pouvoir absolu, et peut

même sacrifier temporairement l'intérêt d'une des parties, catégorie d'individus ou bien province, à l'intérêt du tout. Pour d'autres, ce sont les parties, c'est-à-dire les provinces, les pays, les individus, qui sont la seule réalité. Le corps politique, c'est une fiction commode, utile, mais tout de même une fiction. Et donc, le chef de ce corps ne peut rien décider au détriment d'une des parties. Donc, il ne peut rien décider sans le concours de toutes les parties, au nom du principe que ce qui concerne tout le monde doit être approuvé par tous. Et donc, le roi ne peut former sa volonté qu'avec le concours des Etats-Généraux. Eternel conflit des réalistes philosophiques, qui voient l'ensemble, comme une réalité et des nominalistes, qui ne veulent considérer que les éléments, comme Guillaume d'Ockham au XIV^e siècle, qui se refusait à distinguer une maison d'un tas de pierres, en oubliant la finalité et le plan, l'idée organisatrice de la maison.

Les uns et les autres s'expriment jusqu'au milieu du XVII^e siècle en termes d'aristotélisme (forme, matière, acte, puissance, mouvement) qui leur étaient commodes par une longue habitude prise depuis le collège, et en termes de platonisme et de néo-platonisme, à la mode (émanation, procession). Certains historiens s'y sont trompés. Mais, sous ce vocabulaire, les contemporains expriment effectivement des réalités de leur temps.

Les monarques successifs, contraints par la nécessité, et souvent bien malgré eux, ont entrepris un immense effort de centralisation, imposant leur décision suprême dans un nombre croissant de catégories d'affaires, par les biais de la justice, de la fiscalité, de l'armée, de la "police" ou administration.

Cet effort n'avait pas encore porté tous ses fruits lorsque Louis XVI monta sur le trône (1774).

Les monarques employèrent dans ce dessein d'abord un nombre croissant d'officiers royaux qui, du XIII^e au XVII^e siècle, firent opérer de grands progrès à la centralisation monarchique. La marche est à peu près toujours la même. Le roi utilise autour de lui, en conseil, des dignitaires et des clercs pour la politique, la justice et la "police", les comptes. Certains de ces dignitaires se spécialisent et se professionnalisent pour former les grandes cours centrales, Parlement, Chambres des Comptes, plus tard, au XIV^e siècle, Cour des Aides. Le roi envoie des commissaires itinérants comme les premiers baillis et sénéchaux. Puis les commissaires se fixent et prennent un statut d'officier. Puis une tendance à la division des sommes de travail et à la spécialisation se dessine. Par exemple, les baillis conservent surtout les tâches militaires et les interventions dans les cas graves. Ils délèguent la justice et la police de routine à des lieutenants qui deviennent officiers. Ces lieutenants sont obligés par le nombre des affaires d'employer des commis. A leur tour, surtout au cours du XVI^e siècle, ces commis sont transformés en officiers.

Le roi augmente le nombre des officiers et en forme des collèges: outre les Cours souveraines, conseils de bailliages et de sénéchaussées, corps d'élus après 1356, bureaux des finances depuis 1577. Il y eût à cette collégialité des raisons financières à partir du moment où le roi vendit, plus ou moins ouvertement, les offices, depuis, semble-t-il, la seconde moitié du XV^e siècle. Mais la collégialité commença avant la vénalité royale et la comparaison avec d'autres Etats européens en montre les avantages pour le monarque. La

collégialité permet au roi au début de diviser et d'opposer entre eux les officiers, de les contrôler par un ou des hommes à lui dans le collège; en les obligeant à prendre des décisions en commun, de les faire se contrôler réciproquement, de prendre des habitudes communes, de commencer à acquérir l'esprit du service public, peut-on commencer à dire, au lieu de leurs habitudes féodales.

Mais dans un second temps, la collégialité joua contre le pouvoir monarchique. Elle dilua la responsabilité. Puis les officiers prirent conscience de leurs intérêts communs, de leurs façons communes, de leurs procédures particulières. Ils acquirent un esprit de corps. Ils considèrent leurs offices comme doués d'un être permanent et donc de qualités propres, de pouvoirs propres. Les magistrats pensaient qu'ils devaient au roi la fidélité, donc leur accord, mais à la justice, qui leur était confiée, le respect de sa dignité, et donc qu'ils avaient l'obligation de différer l'obéissance aux ordres du roi si ceux-ci leur semblaient injustes, et d'autre part, comme juges, le devoir de tenir la balance en équilibre entre le roi et ses sujets, un devoir de protection envers les sujets du roi. Les officiers de chaque Cour souveraine, de chaque bailliage, de chaque élection, de chaque bureau des finances, se considérèrent comme un corps, avec des qualités et des pouvoirs propres, une volonté commune, un organe pour l'exprimer, donc une personne morale. Le Parlement de Paris, dès 1489, se proclamait "un corps mystique...représentant la personne du roi, car il est (le Parlement) du ressort final et souverain justice du royaume de France, le véritable siège, autorité, magnificence et majesté du roi...". D'autre part, les bureaux de finances recevaient par

édit de Paris de 1586 un statut corporatif comme corps collectif pour toute la France. Le roi consent "qu'ils consultent ensemble en personne ou par députés de leur corps" et qu'ils accréditent "à leurs propres dépens", un ou deux députés "élus et choisis dans leur corps pour nous informer et notre conseil des affaires de leur charge". Ainsi le roi se trouva comme dépossédé de ses prérogatives par des corps d'officiers agissant, à l'occasion, en fait, dans leur intérêt de professionnels.

De plus, au début de leur existence, ces officiers furent assez souvent pris parmi des Parisiens d'une ou deux générations, et parmi des provinciaux du Bassin Parisien. Mais, bientôt, ils se fixèrent dans la province où ils exerçaient leur offices, y acquérèrent des biens, fiefs et seigneuries, s'y allièrent par mariage aux familles locales, devinrent autant des représentants des intérêts provinciaux et locaux que des agents du roi.

La vénalité des offices accrut en fait l'indépendance des officiers, bien que toujours, le roi considéra qu'ils avaient la propriété, non de l'office, mais des deniers qu'ils avaient versé pour l'acquérir. Seulement il était difficile de les rembourser. De plus, les scolastiques, depuis le XIV^e siècle, avaient exprimé le droit de l'officier sur son office en termes de propriété.

Ainsi les officiers devinrent autant des obstacles à l'exécution de la volonté royale que des agents de celle-ci. Souvent, ils passèrent à l'opposition ouverte, parfois à la révolte. Le Parlement de Paris alla jusqu'à proclamer pendant la Fronde (1648-1653) que si le roi incarnait la monarchie, il n'en était que le corps et que c'était le Parlement, rac-

courci des Etats-Généraux, qui en était l'âme.

Les monarques durent donc recourir de tout temps à des fidèles pour composer le noyau de leur Conseil. Ils durent recourir à des clients, triés en principe parmi les notaires de leur chancellerie, les "notaires et secrétaires du Roi, Maison et Couronne de France". Depuis 1482, et Louis XI, ceux-ci ont le monopole de l'expédition de tous les ordres royaux, de toutes les lettres des chancelleries royales, conseils et parlements. Parmi eux, le roi distingue une élite de secrétaires signant en finance, dont certains jouent le rôle de ministres, comme le fameux Florimond Robertet, sous Louis XII et François I^{er}. Depuis septembre 1547, quatre d'entre eux sont officiellement choisis pour être conseillers du roi et secrétaires chargés des dépêches d'Etat, dans autres "départements". En 1558, le roi leur donne le titre de "Secrétaire d'Etat". Ils siègent à tour de rôle un mois au Conseil du roi pour prendre note des décisions et expédier les lettres en conséquence. Ils sont surtout des créatures du roi pour l'exécution de ses ordres. Parfois, ils entrent au Conseil comme ministres.

Les monarques durent recourir de tout temps à toutes sortes de commissaires, nommés et révocables à leur gré, pour exécuter toutes sortes de tâches. Parmi ceux-ci distinguons les gouverneurs de provinces, représentants la personne du roi et imposant sa volonté. Mais le roi dut choisir pour cette commission des princes du sang, des princes, des ducs. Ces grands nobles se créaient trop facilement des fidèles et des clients dans leurs gouvernements et en profitaient pour se révolter. Louis XIV finit par leur imposer de ne plus aller dans leur province que sur ordre exprès du roi.

Le gouverneur était d'ailleurs surtout un militaire, un général d'armée. Auprès de lui, pendant les guerres de religion, surtout au XVII^e siècle, pendant la guerre de Trente Ans, le roi plaça des commissaires robins, experts en lois, les intendants d'armée, les intendants de province. D'abord, le roi plaça, dans le Conseil du gouverneur, des robins dont un, en particulier, était un homme du roi, pour conseiller le gouverneur dans le sens des intérêts royaux. Ce robin, fidèle du roi, joue déjà le rôle ultérieur de l'intendant. Puis, le roi passa aux intendants proprement dit, qui conservèrent le pouvoir de siéger dans le Conseil du gouverneur ou dans celui du général d'armée. L'intendant d'armée s'occupait du ravitaillement, des munitions, de la discipline militaire et participait aux conseils de guerre. L'intendant de province était tantôt de justice, tantôt de finance. Peu à peu, surtout depuis 1635, et l'entrée officielle de la France dans la guerre de Trente Ans, il devint intendant de justice, police et finance et concentra ainsi dans sa personne des pouvoirs de justice et d'administration. Le roi prit habituellement les intendants parmi les Conseillers d'Etat et les Maîtres des Requêtes de l'Hôtel. Etant magistrats par leurs offices, les intendants pouvaient ainsi présider et diriger les officiers. Ils étaient de trop petits personnages pour être "le roi présent dans les provinces", malgré Ernest Lavisse. C'était le gouverneur qui jouait ce rôle. L'intendant, en principe, est un agent du Conseil et un auxiliaire du gouverneur, souvent envoyé à la demande de celui-ci. Il y eût parfois des heurts de personnes entre gouverneur et intendant.

En principe, l'intendant n'est là que pour surveiller les officiers et les stimuler. Si les offi-

ciers ne font pas leur devoir, il doit rendre compte au Conseil, demander des ordres, envoyés sous forme d'arrêt du Conseil ou sous forme de commission supplémentaire. L'intendant ne doit jamais faire le service des officiers à leur place. Et ceci fut rappelé impérativement par Louis XIV et par Colbert en son nom après 1661 et même pendant la guerre de Hollande. Louis XIV chercha d'ailleurs depuis 1661 à donner satisfaction aux doléances exprimées pendant la Fronde, à diminuer le nombre des "commissaires départis pour l'exécution des ordres du roi", en leur confiant deux généralités au lieu d'une, en les laissant peu de temps au même endroit, en les faisant tourner dans tout le royaume, et surtout en leur interdisant formellement d'exercer les fonctions des officiers.

Mais les guerres obligèrent de passer outre aux protestations des officiers, à celles des villes, qui envoyaient promener l'intendant lorsque ses ordonnances dépassaient sa commission ou n'étaient pas rédigées selon les formes respectueuses de la dignité de ceux auxquels elles s'adressaient, de passer outre aux scrupules du Roi. Déjà, de 1642 à 1648, les intendants furent substitués aux Trésoriers et Généraux de France, aux Elus, aux assesseurs-collecteurs, aux huis-siers et aux sergents, pour la répartition et la perception des tailles, au besoin par l'intermédiaire de fusiliers ad hoc. Au cours de la guerre de Hollande, puis dans la paix armée qui suivit, et surtout au cours des guerres de la Ligue d'Augsbourg et de la Succession d'Espagne, jusqu'en 1714, il fallut souvent employer les intendants à remplir des fonctions de telle ou telle catégorie d'officiers. Au cours du XVIII^e siècle, une sorte d'équilibre s'établit. Aux officiers, les fonctions "ordinaires"; aux intendants,

les actions "extraordinaires". Ainsi les intendants eurent-ils exclusivement la charge des impôts nouveaux, surtout ceux de quotité: capitation, dixième, vingtième; celle des travaux publics; celle du développement des industries nouvelles, etc.

Mais, depuis leur grève d'Août 1648, qui contribua à déclencher la Fronde, les maîtres des requêtes obtinrent un quasi monopole des intendances. Le monarque fut contraint de recruter ses intendants parmi un nombre restreint de maîtres des requêtes, 80 environ, sortis toujours des mêmes familles, 200 familles environ. Les intendants prirent ainsi peu à peu, surtout dans la seconde moitié du dix-huitième siècle, des caractères d'officiers, et des caractères de corps. Aux approches de la Révolution, avant même l'essai des assemblées provinciales, ils affectaient de plus en plus des allures de protecteurs des populations et de représentants des intérêts locaux, au moins autant que des caractères d'exécutants des volontés royales.

Autour du Conseil du Roi, des Secrétaires d'Etat, du Contrôleur général des Finances, des intendants, se développaient des bureaux de commis, qui prirent peu à peu des caractères de fonctionnaires, les agents les plus sûrs d'un gouvernement parce qu'ils sont tenus en principe à l'obéissance sans limite. Le terme "bureaucratie" apparaît vers 1780. Un pas décisif fut franchi par Colbert, Secrétaire d'Etat à la Marine. Il y institua une hiérarchie à quatre degrés "d'écrivains". Un employé y était nommé par brevet du Secrétaire d'Etat. Le brevet est un acte ayant une valeur durable sinon perpétuelle. "L'écrivain" pouvait parcourir la carrière des quatre degrés, alors qu'un officier n'a pas de carrière dans son office.

Très tôt, la coutume s'établit que lorsqu'un "écrivain" sortait de fonctions après un long service, le roi lui donnait une pension de retraite, réversible en cas de décès sur sa femme et ses enfants. Ce type de commis à brevet se répandit ailleurs. Il préfigura le fonctionnaire. Il avait les caractères essentiels du vrai fonctionnaire: il devait l'obéissance absolue, le secret sur les actes administratifs, faire abstraction de ses opinions, de ses sentiments et de ses préférences personnels, garder la réserve et la dignité en dehors de ses fonctions. Ce type d'agent du roi augmenta considérablement l'efficacité du gouvernement et de l'administration.

Toutefois remarquons que ces ancêtres des fonctionnaires sont encore relativement peu nombreux. Aux Affaires Etrangères, il y eût 8 à 9 bureaux. Chacun comprenait un premier commis et plusieurs commis. En juillet 1768, pour la correspondance diplomatique, il y avait cinq commis au bureau de l'abbé de La Ville, huit au bureau de Gérard, deux au bureau de Bournonville. Les finances, plus développées, constituaient en 1788, 38 bureaux, qui employaient 265 commis, la plupart non à Versailles, mais à Paris.

Les bureaux des intendances restent modestes. Tourny, à Bordeaux, en 1747, pour l'intendance de Guyenne, dispose d'un premier secrétaire, de 10 secrétaires, de 5 copistes qui enregistrent les affaires à l'arrivée et au départ, tiennent les répertoires, écrivent les ordonnances sous la dictée ou sur la minute d'un secrétaire. C'est une des intendances les mieux pourvues.

Mais les fermes générales en 1774, selon Lavoisier, employaient 29 500 commis permanents, 5 à 6000 "buralistes" contractuels, et une armée de gardes

qui serait montée en 1784 à 23 000 hommes. Ces commis, hiérarchisés, ayant une possibilité de carrière, et des caractères de fonctionnaires, se recrutaient dans différents ordres sociaux. C'étaient des fils et neveux de fermiers généraux, de financiers, d'hommes de loi, d'officiers royaux, voire de gentilshommes pauvres, d'ailleurs clients ou fidèles des courtisans, du personnel gouvernemental ou de haute administration.

Parmi les instruments de la centralisation, les capitales jouent un rôle éminent. Une capitale est d'abord une "ville close", entourée, tout au moins à l'origine, de fortifications munies d'artillerie, avec milice citadine, citadelle et garnison royale, qui constitue un lieu de sécurité et de refuge. Le roi y rassemble des juridictions et administrations, qui ont un ressort plus ou moins étendu et font de la capitale le "centre nerveux" du royaume ou d'une province. La capitale est siège d'archevêché ou d'évêché et renferme des organes centraux d'ordres religieux qui ont un rôle de commandement et d'organisation spirituels. La capitale est un marché qui attire des citadins d'autres villes et bourgs et des ruraux. Elle est un centre de finance et de négoce, qui domine l'ensemble du système de production régional et, dans certains cas, national. La capitale est un centre d'industries nouvelles et d'industries savantes ou d'industries de luxe, qu'elle répand dans les villes secondaires ou dans les campagnes. Sa spécialité économique est l'organisation de la production et de la consommation; elle y joue un rôle d'initiative et de direction. La capitale est aussi un exemple de hiérarchie sociale, de style de vie d'une élite, un exemple et un moteur des attitudes devant la vie, mariage, natalité. La restriction des naissances commence par les capitales

et se répand ensuite dans les villes secondaires, les bourgs, les villages. La capitale doit donner l'exemple du dévouement au corps politique et à son chef, le roi. Elle est donc l'exemple de la fidélité au bon roi. Mais si le roi peut passer pour tyran, pour compromettre le bien commun et le salut public en gouvernant par caprice, dans l'intérêt de favoris, alors la capitale peut estimer devoir donner l'exemple de la résistance au tyran, comme Paris le fit en 1588 et en 1648.

Les monarques se sont servi de capitales provinciales. C'étaient des villes, développées et utilisées par des comtes et des ducs, dans des provinces reconstituées par eux, à partir du morcellement féodal, qui avaient pris des caractères d'Etat, et où l'Etat avait fait naître une nation, Bourgogne, Bretagne, Provence, etc. Lorsque le Roi les rattacha au domaine royal dans le royaume ou les fit entrer dans l'ensemble des territoires soumis à sa domination (Dauphiné, Provence, etc.), il conserva à ces nations des privilèges, et utilisa les organes de justice et l'administration déjà créés par leurs ducs ou par leurs comtes, les compléta (Parlements provinciaux) et se servit de leurs capitales: Toulouse en Languedoc, Rouen en Normandie, Rennes en Bretagne, Dijon en Bourgogne, Bordeaux en Guyenne, Aix en Provence, etc. Ces capitales provinciales servirent d'abord de relais à la puissance royale. Mais, lorsque les guerres obligèrent le roi à augmenter la centralisation, elles devinrent fréquemment des centres de résistance au gouvernement central.

Aussi le roi utilisa surtout Paris, capitale du royaume au moins depuis Philippe-Auguste, dont il voulut faire l'exemple et le moteur du royaume, et que

Louis XIV voulait faire considérer comme la "patrie commune" des Français. Colbert écrivait à son fils, Seignelay: "Paris estant la capitale du royaume et le séjour des roys, il est certain qu'elle donne le mouvement à tout le reste du royaume; que toutes les affaires du dedans commencent par elle, c'est-à-dire que tous les édits, déclarations et autres grandes affaires commencent toujours par les Compagnies de Paris et sont ensuite envoyées dans toutes les autres du royaume et que les mesmes grandes affaires finissent aussi par la même ville, d'autant que, dès lors que les volontés du roy y sont exécutées, il est certain qu'elles le sont partout et que toutes les difficultés qui se rencontrent dans leur exécution naissent toujours dans les Compagnies de Paris; c'est ce qui doit obliger mon fils à bien sçavoir l'ordre général de cette grande ville, n'y ayant presque aucun jour de Conseil où il ne soit nécessaire d'en parler et de faire paraître si l'on sçait quelque chose ou non..."².

La centralisation recula sous Louis XVI. Elle fut achevée par la Révolution et l'Empire. La disparition de la structure d'ordres et de corps de la nation, qui ne laissa en face du gouvernement qu'une poussière de chefs de famille, la réorganisation administrative du Consulat et l'institution des préfets par Bonaparte, portèrent la centralisation à un haut degré et permirent à la France de survivre, malgré luttes intérieures, révolutions et trois invasions depuis 1870. La centralisation, condition d'existence pour la France, n'en a pas moins toujours été combattue. D'abord par des nobles et par des notables, qui regrettaient les uns la perte de leur influence, les autres de ne pas pouvoir à leur tour dominer et

exploiter suffisamment les populations locales. En second lieu par des socialistes anarchisants et par des socialistes marxistes, ceux-ci imbus de l'idée que l'Etat n'est que l'instrument d'une classe dominante et doit être affaibli systématiquement avant de disparaître avec les classes elles-mêmes. Enfin, par des intellectuels nostalgiques du passé, désireux de ressusciter des langues disparues ou ravalées au rang de patois et de préserver ou de ressusciter de vieilles coutumes et des paysages chéris. Les efforts des uns et des autres ont abouti parfois à la création de mouvements nationaux, étayés par des mythes historiques. Depuis 1940, de grands efforts de décentralisation animés par une hostilité croissante contre la capitale, Paris, ont été menés à diverses reprises et accentués depuis 1958. Une loi récente partage la France en vingt petites républiques autonomes, sous le nom de régions. Ces efforts s'inscrivent dans des mouvements qui ont lieu dans toute l'Europe (on en comptait récemment vingt-huit) et qui mettent en cause l'existence des Etats nationaux, formés peu à peu depuis l'émiettement féodal de l'an mil. L'on commence par la décentralisation régionale. Ensuite, vient la revendication de l'autonomie. Puis celle de l'indépendance. Mais déjà, à l'intérieur des régions, se manifestent les revendications de pays plus petits et celles des villes qui réclament à leur tour la décentralisation locale, avant l'autonomie, puis l'indépendance. L'on peut se demander si l'Europe et la France ne sont pas entrées dans un processus de dislocation qui pourrait ramener à l'émiettement des temps féodaux, avec l'oppression, par des potentats locaux, individuels ou collectifs, des peuples, dont le vrai protecteur est l'Etat³.

- 1 Voir entre autres, Roland Mousnier, La monarchie absolue en Europe du Ve siècle à nos jours (Presses Universitaires de France, 1982).
- 2 Colbert, "Instruction pour mon fils pour bien faire la commission de ma charge" (1671). Pierre Clément, Histoire de la vie et de l'administration de Colbert. Paris 1846, Pièce justificative XII, p. 478-479.
- 3 Roland Mousnier, Les institutions françaises sous la monarchie absolue (1598-1789). 2 vol., Presses Universitaires de France, 1974-1980. Traduction en anglais: University of Chicago press 1980-1984. Y ajouter, Michel Antoine, Genèse de l'institution des Intendants. In: Journal des Savants, Juillet-Décembre 1982, p. 283-317.

Volker Press

Frankreich und Bayern von der Reformation bis zum Wiener Kongreß*

Frankreich und Bayern, la France et la Bavière, hat sich bis heute als Schlagwort erhalten; es steht für bayerische Eigenmächtigkeit, für bayerischen Handlungsspielraum, aber auch für deutsche Kleinstaaterei, für französische Intervention im Reich. Naturgemäß unterlag diese Verbindung dem Verdikt des nationalstaatlichen Denkens - so hat sich der zweite bayerische König Ludwig I. unmißverständlich von der profranzösischen Politik des Ministers Montgelas distanziert, obgleich gerade sie das Königreich Bayern geschaffen hatte.

Nun haben viele andere deutsche Fürsten der frühen Neuzeit ebenfalls die französische Karte gespielt - kaum ein größerer Landesherr kommt hier nicht in Betracht. Kein anderes Territorium aber wurde so betont und so demonstrativ der Partner Frankreichs im Reich wie Bayern. Aber die französische Koalitionspolitik der Münchener Wittelsbacher markierte zugleich Glanz und Elend bayerischer Stellung im Reich - bereits Michael Doeberl hat erkannt, daß bayerische Frankreichpolitik in hohem Maße Funktion bayerischer Österreichpolitik war.

Von Rang und Herkunft vornehmer als die Habsburger, mußte das Haus Bayern ihnen doch den Vortritt lassen. Nach dem Aussterben der Luxemburger 1437 setzten sich die Habsburger vor den Wittelsbachern durch und sicherten sich auf drei Jahrhunderte die deutsche

Königswürde. Die Wittelsbacher, die mit Ludwig IV. dem "Bayern" und Ruprecht von der Pfalz schon zwei Herrscher des Reiches gestellt hatten, behielten das Nachsehen. Aber bereits im 15. Jahrhundert hatte ihr dynastisches Ausgreifen Ludwig den Bärtigen von Bayern-Ingolstadt in französische Kombinationen und seine Schwester Isabeau de Bavière sogar auf den Königsthron geführt.

Das schien Episode zu bleiben, zumal in der langen Regierungszeit Friedrichs III. (1440-1492) sich der Burgunderstaat zwischen das Reich und Frankreich geschoben hatte - er hatte auch den wittelsbachischen Besitz in Holland aufgesogen. Indessen hatte sich auch die Wittelsbacher Position konsolidiert. Der kühne Griff nach den habsburgischen Vorlanden mißlang zwar 1489; dafür konnten 1505 die Münchener Herzöge sich den Großteil des Erbes der Landshuter Fürsten sichern gegen die erbitterte Konkurrenz der Heidelberger Wittelsbacher - die Niederlage besiegelte nicht nur den Absturz des Pfälzer Kurfürstentums aus einer königsähnlichen Stellung, sondern führte zu einer Diskrepanz zwischen dem Vorrang der Heidelberger und dem größeren territorialen Gewicht der Münchener Wittelsbacher. Den Profit aus den innerwittelsbachischen Zwistigkeiten hatte das Haus Österreich gezogen.

Der gleiche Kaiser, der die innerwittelsbachischen Auseinandersetzungen geschickt zu seinen Gunsten umzumünzen verstand, Maximilian I., leitete aber auch mit seinem Vorstoß nach Italien 1495 die große Auseinandersetzung zwischen Habsburg und Valois ein, die bis 1756 ein Grundthema der europäischen Geschichte bleiben sollte. Die Situation spitzte sich dramatisch zu, als die Umklammerung durch die Länder Kaiser Karls V. die Existenzfrage für die französische

Monarchie stellte, eine Bedrohung, die zum Alptraum der französischen Politik werden sollte. Die Einheit der Casa de Austria blieb für Frankreich eine ganz konkrete Belastung, die in einer Folge kriegerischer Auseinandersetzungen gebrochen wurde, die vornehmlich auf den Schlachtfeldern Flanderns, der Rheinebene, Oberitaliens ausgefochten wurden.

Bayern, gerade erst wiedervereinigt, stand in diesen Auseinandersetzungen zunächst abseits. Frankreich war fern und die eigene Position deutlich. Die großen Weichenstellungen zu Beginn der 1520er Jahre führten aber Bayern in eine Schlüsselrolle für das Reich; die Entscheidung der Münchener Herzöge für die alte Kirche, bald konsequent getroffen, ermöglichte München eine eigentümliche Stellung, die Freiheit der Entscheidung zwischen ständischer Solidarität gegen die kaiserlichen Ansprüche und katholischer Solidarität gegen die Kräfte der Reformation, zumeist mit den Habsburgern. Die Herzöge Wilhelm IV. und Ludwig X., nicht zuletzt des ersteren entscheidender und bedeutender Rat Dr. Leonhard von Eck, haben diese Position ausgenutzt, vor allem zur Eindämmung der Habsburger, was immer wieder ein Leitmotiv der bayerischen Politik war. Bayern suchte dabei Anlehnung an die europäische Opposition gegen Habsburg, vornehmlich an den Papst, und richtete auch den Blick auf Frankreich. Die anti-habsburgische Politik Ecks knüpfte nicht nur mit dem Schmalkaldischen Bund an und führte zum Saalfelder Bündnis vom 24. Oktober 1531 mit den evangelischen Wortführern. Am 26. Mai 1532 schlossen die Verbündeten in Scheyern auch mit König Franz I. von Frankreich eine Allianz ab. Aber die Auflösung des Schwäbischen Bundes und die Rückkehr von Bayerns altem Gegner Herzog Ulrich nach Württemberg 1534 - statt des Münchener

Favoriten Herzog Christoph, Sohn Ulrichs und Neffen der bayerischen Herzöge - setzten alle Bündnispläne matt. 1534 bereits suchte Bayern in Linz den Ausgleich mit den Habsburgern.

Das Scheyerner Bündnis blieb somit Episode; die Grundelemente jeglicher französischer Bündnispolitik Bayerns zeichneten sich jedoch bereits ab. Der Versuch, sich gegen den mächtigen Nachbarn Österreich abzustützen, kontrastierte zugleich mit dem aus eben dieser Nachbarschaft erwachsenen sehr geringen Manövrierraum; jede bayerische Politik gegen Habsburg hatte somit ein hohes Risiko. Die Mobilisierung Frankreichs konnte dieses Risiko nur zum geringeren Teil abmildern. So schlug die bayerische Politik in den 1530er Jahren zunächst andere Wege ein, die sehr erfolgreich waren - die Ausnützung der Möglichkeiten der Reichsverfassung, die sich gerade in jenen Jahren zunehmend verfestigte. Ein Rekurs auf Frankreich war so nicht nötig; die eigene Stellung Bayerns genügte, um ihm Gewicht zu verleihen.

Es entwickelte sich jenes reichspolitische Spiel, in dem Bayern unter der Regie Ecks erfolgreiche Opposition gegen die Ansprüche Karls V. trieb und sich immer mehr dem stärker reichspolitisch verankerten Bruder Karls, Ferdinand I., näherte. Dem nicht zuletzt durch die bayerische Politik mit verursachten Scheitern Karls V. folgte der Augsburger Religionsfrieden von 1555, der das konfessionelle Konfliktfeld reichsrechtlich zu neutralisieren suchte. Das Auseintreten deutscher und spanischer Habsburger erleichterte die Stabilisierung der Lage im Reich; das System des Augsburger Religionsfriedens wurde von seinen Hauptprotagonisten, den Kaisern Ferdinand I. und Maximilian II., Herzog Albrecht V. von Bayern, Kurfürst

August von Sachsen und Herzog Christoph von Württemberg, entschlossen verteidigt. Man war bemüht, das Hereinschlagen ausländischer Konflikte ins Reich konsequent zu verhindern, selbst und gerade aus den formal zum Reich gehörenden Niederlanden. Die bayerische Politik konnte im System des Religionsfriedens eine wichtige Rolle spielen und zeitweilig sogar die kaiserliche in ihr Schlepptau nehmen. Eine Anlehnung an Frankreich war in einer solchen Konstellation nicht gefragt; das System des Religionsfriedens trug sich gleichsam selbst und führte Bayern empor.

Auf der anderen Seite geriet Frankreich nach dem Frieden von Cateau Cambrésis 1559 in eine lange Periode konfessionell bestimmter Bürgerkriege. Die Pfälzer Wittelsbacher haben darin wiederholt interveniert - zugunsten ihrer hugenottischen Glaubensgenossen. Wie die anderen Hauptträger des Religionsfriedens, stand München dieser Politik höchst reserviert gegenüber - sie war Ausdruck des Pfälzer Revisionismus gegen die Ergebnisse von 1555 und drohte überdies, die Kriegsflammen aus Frankreich ins Reich schlagen zu lassen. Als Heinrich IV. von Navarra 1589 nach dem Gewinn der Königskrone den französischen Bürgerkrieg zum Abschluß zu bringen trachtete, setzte er auch als konvertierter Katholik in Verfolgung seiner Ziele weiter auf seinen alten reformierten Partner, die Kurpfalz, keineswegs auf das katholische Bayern. Die antihabsburgischen Züge dieser Politik waren unübersehbar - sie trafen sich mit dem Unternehmensgeist des kurpfälzischen Statthaltes in Amberg, Fürst Christian von Anhalt, der eine Art Konfident des neuen französischen Königs im Reich war. Da seine dezidiert katholische Politik Bayern in einen zunehmenden Gegensatz zur Kurpfalz führte, so daß die traditionellen dynasti-

schen Rivalitäten konfessionell verschärft wurden, standen Bayern und Frankreich in unterschiedlichen Lagen. Aber die 1610 von Heinrich IV. eingeleiteten kriegerischen Unternehmungen um die Herzogtümer am Niederrhein wurden durch dessen Ermordung am 14. Mai 1610 frühzeitig abgebrochen. Die bereits ausgebrochenen Kämpfe am Nieder- und am Oberrhein konnten beigelegt werden.

Die Vormundschaft über den kleinen Ludwig XIII. setzte Frankreich erneut matt; nur allmählich gelang eine Herrschaftsstabilisierung. Die Regierung des Kardinals Richelieu (1624-1642) führte zu einer Politik Frankreichs, die nicht mehr so bedenkenlos mit den protestantischen Kräften im Reich koalieren wollte wie unter Heinrich IV. In Paris betrachtete man Bayern nun als einen geradezu idealen Partner, katholisch, aber auch geeignet, eine allzu starke habsburgische Machtentfaltung zu bremsen. Das wurde am Anfang des Dreißigjährigen Krieges deutlich, als Frankreich die bayerische Kurwürde von 1623 begrüßte, weil es jeden Machtzuwachs eines potentiellen Gegengewichts gegen Österreich für seinen Vorteil hielt. Es sollte aber bis in die 1630er Jahre dauern, daß Frankreich in den Dreißigjährigen Krieg eingriff und sich die Frage des Verhältnisses zu dem erstarkten Bayern erneut stellte. Die 1620er Jahre waren für Frankreich nach wie vor durch innere Krisen gekennzeichnet, die den Schritt nach außen hinderten.

Es spricht indessen für die Stabilität des Systems des Religionsfriedens, daß es noch in seinem Zerfall auswärtige Interventionen abwies, auch wenn die Situation 1610 bereits außerordentlich kritisch schien. Der Dreißigjährige Krieg aber brachte geradezu galoppierend die lange aufgeschobene Internationali-

sierung der deutschen Politik, die ihre Wurzeln vor allem in der Einheit der Casa de Austria und in der ausgreifenden Bündnispolitik der reformierten Kurpfalz hatte. Frankreich freilich trat erst in der letzten Phase des Krieges, dann aber mit beträchtlichem Gewicht, auf die politische Bühne.

Dieter Albrecht hat deutlich gemacht, daß die Politik Maximilians I. von Bayern einem festen Grundmuster folgte, auch wenn sie nicht ohne leichte Schwankungen war, etwa im Zusammenhang mit dem Besitz der rechtsrheinischen Ämter der Pfalz. Bayern hatte 1620/22 entscheidenden Anteil am Sieg der katholischen Sache und an der katastrophalen Niederlage der Pfälzer und ihrer Verbündeten gehabt. Es nutzte diese Situation zum entscheidenden Schlag gegen die rivalisierenden Heidelberger Vettern. Mit dem Erwerb von Kurwürde und Oberpfalz konnte Maximilian ein glanzvolles Jahrhundert bayerischer Reichspolitik krönen. Seit 1623 war er auf einen Frieden aus, der der Besitzkonsolidierung diene. Die bayerischen Gewinne, erwachsen aus einer nahezu völligen Abhängigkeit der österreichisch-kaiserlichen Politik von Bayern in der ersten Kriegsphase, aber hatten nicht nur das politische System des Reiches erheblich durcheinandergebracht, sondern eine Friedenslösung nahezu unmöglich gemacht. Dies hing wiederum mit dem internationalen Rückhalt des exilierten Pfälzer Kurfürsten zusammen; Kriegführung zugunsten des Pfälzers hatte somit stets anti-bayerische Zielsetzungen. Ein Friedensausgleich mit den Verbündeten des Pfälzers tangierte andererseits immer die bayerischen Positionen; daraus resultierte etwa der scharfe bayerisch-spanische Gegensatz, da für Madrid die Pfälzer Hürde, die Bayern auch für seine Pläne errichtet hatte, unerträglich war. So wurde für

Maximilian das Ziel der Machtkonsolidierung ein Wegweiser zum Frieden, aber zugleich dessen schlimmstes Hindernis - ein Widerspruch, den die Staatskunst des bayerischen Kurfürsten vergebens aufzulösen trachtete.

Mit der Übertragung der Kurwürde und der Oberpfalz hatte Bayern einen beträchtlichen Bodengewinn erreicht. Die grundlegenden Gegensätze zur kaiserlichen Politik traten immer schärfer hervor - der jüngste Kurfürst des Reiches wirkte vom ersten Augenblick an besonders eifrig für die Behauptung der kurfürstlichen Rechte gegenüber dem Kaiser. In der österreichisch-spanischen Allianz, in der Solidarität der Casa de Austria sah er eine verhängnisvolle Kombination, die seine Konsolidierungspläne auf das ernsteste gefährdete; er mußte stets fürchten, daß seine Gewinne aus dem Krieg fremden Interessen geopfert wurden, aber auch, daß der Reichsverband in internationale Konflikte gezogen wurde.

Hinzu kam das Erstarken der kaiserlichen Position, die Ausbildung eines konkurrierenden, schließlich überlegenen kaiserlichen Heeres unter der Führung Wallensteins. Maximilian hatte die Gewinne eingefordert, aber er mußte erkennen, daß er durch die Unterstützung der kaiserlichen Politik selbst beigetragen hatte, die eigene Position im Reich erheblich zu relativieren. Nicht Maximilian, sondern der Kaiser war es in erster Linie, der vom katholischen Siegeszug nach Norddeutschland profitierte; auch das Restitutionsedikt von 1629, die extreme Wiederherstellung katholischer Rechte durch kaiserliche Rechtssetzung, war an erster Stelle dem Kaiser zugute gekommen. Schließlich wurde es für die bayerische Politik schwieriger, die alte Schiedsrichterrolle zwischen Kaiser und Reichsständen zu spielen, auch wenn man dies 1630 in

Regensburg noch einmal erfolgreich gegen Ferdinand II. praktizierte.

Aber für die bayerische Politik war es doch recht eng geworden, als der Kaiser den Höhepunkt seiner Macht betrat. Die Jahre zwischen dem Regensburger Kurfürstentag von 1630 und der schwedischen Offensive nach Süddeutschland im Frühjahr 1632 waren die Aporie der bayerischen Stellung - damals begannen sich die Blicke Münchens erneut nach Paris zu richten. Dies lag auch in der Logik der Internationalisierung, die die deutsche Politik erfahren hatte. Frankreichs Stellung im europäischen Spiel hatte eine gewisse Parallele zu jener Bayerns im Reich; als katholischer, gleichwohl antihabsburgischer Macht boten sich Frankreich vielfältige Koalitionsmöglichkeiten. Für Maximilian I. von Bayern war das wiedererstarkende Frankreich Richelieus allerdings auch eine gefährliche Größe, da es aus antispainischer und antikaiserlicher Haltung zum Protektor des Pfalzgrafen werden konnte. Maximilian erkannte aber eine starke Interessenidentität an der Einschränkung der kaiserlichen Machtentfaltung, an ihrer Einengung auf das Reich, an der Distanzierung von Spanien. Es galt, einen Zusammenstoß von Kaiser und Frankreich zu vermeiden, da dieser nur zum Schaden Bayerns gereichen konnte. Insgesamt erhoffte Maximilian, bei Frankreich Verständnis für die bayerischen Gewinne zu erzielen. Hatte Paris doch ein Interesse, München zum Gegengewicht gegen Wien aufzubauen, ein Vorgang, der der bayerischen Politik wieder ihren alten Handlungsspielraum zurückgeben konnte.

Allzu einseitig hatte München nämlich unter dem Zwang der Kriegsergebnisse seine andere alte Option aufgegeben, nämlich die Reichsstände, auch unter Einschluß der Evangelischen, gegen den Kaiser zu mobi-

lisieren. Darauf hoffte der Kardinal Richelieu; er wollte die Rückkehr Bayerns zur alten Handlungsfreiheit, ja, er wollte Bayern bewußt zu einer antihabsburgischen Politik anstiften, zuweilen sogar zu einer bayerischen Kaiserkandidatur. Bereits 1622 waren französische Emissäre, häufig Kapuziner, nach München gekommen. Aber Maximilian war zur völligen Distanzierung vom Kaiser zunächst nicht bereit; erst seit 1629 - im Jahre des Restitutionsedikts - wurden die Verhandlungen forciert und am Rande des Regensburger Kurfürstentages von 1630 in ein entscheidendes Stadium geführt. Der Vertrag von Fontainebleau vom 30. Mai 1631 war ein Nichtangriffspakt, der die Vermischung der französisch-spanischen Auseinandersetzungen mit den Kriegen im Reich verhindern sollte - immerhin erreichte Maximilian dabei die Garantie Frankreichs für seine Erwerbungen zu Lasten der Kurpfalz.

Die militärischen Erfolge Schwedens seit dem Herbst 1630 aber schwächten entscheidend die bayerische Position. Nun handelte Richelieu unter dem Primat der europäischen vor der deutschen Politik - er half Bayern nicht vor der schwedischen Gefahr. Zwar war im Bärwalder Subsidienvertrag Frankreichs mit Schweden vom 23. Januar 1631 eine schwedisch-bayerische Neutralitätspolitik angesteuert worden, zwar gab es unter französischer Vermittlung schwedisch-bayerische Neutralitätsverhandlungen, aber der kriegerische Schwedenkönig Gustav Adolf suchte Bayern seine Bedingungen, vor allem die Rückgabe der Kurpfalz, aufzuzwingen. Er war sich dabei Frankreichs sicher, das Maximilian in der katastrophalen Niederlage Bayerns im Frühjahr 1632 sozusagen den Schweden überließ; somit hatte Maximilian nicht nur eine militärische, sondern auch eine schwere politische Schlappe erlitten.

Die Katastrophe der Schweden bei Nördlingen im September 1634 und der Zusammenbruch ihrer süddeutschen Stellung ließen den Kaiser mit dem Prager Frieden von 1635 noch einmal zu einer Führungsrolle im Reich aufsteigen, die die Stellung Bayerns weiter relativierte und es auf eine Parallelposition zum lutherischen Kursachsen zurückfallen ließ. Der Prager Friede richtete seine Spitze gegen die auswärtigen Mächte, also vornehmlich gegen Schweden. Er provozierte damit endgültig den Kriegseintritt Frankreichs zur Stabilisierung der wankenden Schweden und zur Sicherung der eigenen Position, die es an Mosel und Oberrhein mittlerweile im Windschatten der schwedischen Reichspolitik errungen hatte. Die Träume der bayerischen Neutralitätspolitik waren endgültig gescheitert; Frankreich erwies sich in der Folge als gefährlicher Kriegsgegner Bayerns, das seinerseits immer stärker zum Frieden neigte. Maximilian war in vielem durchaus kompromißbereit, vornehmlich freilich auf Kosten anderer; er suchte jedoch entschlossen seine Hauptgewinne, die Kurwürde und die Oberpfalz, festzuhalten.

Für die Münchener Politik wurde die Erinnerung an die teilweise Interessenidentität mit Frankreich mit den seit 1640 einsetzenden Friedensbestrebungen wieder aktuell - sie nahm Fühlung mit Paris auf, welche bereits 1640 durch päpstliche Vermittlung in der Konferenz von Einsiedeln zustande kam. Seit der Pariser Mission seines Beichtvaters, des Jesuiten Vervaux, 1645 erreichte Maximilian tatsächlich einzelne diplomatische Abstimmungen zwischen Bayern und Frankreich, die die kaiserlichen Gesandten in Münster und Osnabrück zunehmend unter Druck setzten. Die nachlassende eigene Stellung wurde durch die französische Rückendeckung für Bayern substituiert - ein

bemerkenswerter Erfolg der bayerischen, aber auch der französischen Diplomatie. Freilich mißlang es, militärische Konsequenzen zu ziehen; als sich Kaiser Ferdinand III. weiterhin nicht von Spanien trennen ließ, schloß Bayern am 14. März 1647 den Ulmer Waffenstillstand mit Frankreich, Schweden und Hessen-Kassel ab. Maximilian suchte das Schutzbündnis von 1631 wieder zum Leben zu erwecken. Aber das Gewicht Bayerns war für den neuen Leiter der französischen Politik, den Kardinal Mazarin, zu gering, als daß er die schwedische Koalition seinetwegen auch nur im leisesten gefährdete. Das Scheitern des Ulmer Waffenstillstands von 1647 demonstrierte die Immobilität der traditionellen Kriegskoalitionen, aber auch die weiter zurückgehende, wenn auch sich behauptete, Eigenständigkeit der bayerischen Position im Krieg. Das galt vor allem gegenüber dem gleichfalls geschwächten Kaiser, der nach dem gescheiterten Ulmer Waffenstillstand sogar einer erhöhten Autonomie der bayerischen Kriegführung Zugeständnisse machen mußte. Die Internationalisierung des Krieges hatte die partielle Interessenidentität Bayerns und Frankreichs bestätigt, zugleich aber die überlegene Bedeutung der internationalen Mächtekonstellation gegenüber dem System des Reiches verdeutlicht. Die französisch-bayerischen Kontakte waren entsprechend komplex, von Mißtrauen und taktischen Manövern begleitet: man kam zwar zu einer sehr wichtigen und wirkungsvollen Abstützung der wechselseitigen Interessen, aber man schenkte einander nichts. Es wurde jedoch klar, daß die Machtstellung Bayerns ihren Zenit überschritten hatte; das Einrücken der fremden Mächte in das System des Reiches relativierte das Gewicht der Reichsstände - München bedurfte verstärkt eines Rückhalts.

Daran änderte nichts die Behauptung der wichtigsten bayerischen Gewinne durch den Westfälischen Frieden - der Kurwürde und der Oberpfalz. Dies war ein Triumph von Maximilians zähem Willen und seiner Staatskunst. Die rechtzeitigen Absprachen mit Frankreich hatten entscheidend zum Erfolg beigetragen - der Pfälzer war mit der Restitution seiner überdies reduzierten rheinischen Lande und mit einer achten Kur nur relativ bescheiden entschädigt worden. Den anderen Hauptpreis mußte der Kaiser bezahlen, dessen Position die bayerische Politik im Sinne fürstlicher Libertät und des Ausbalancierens der kaiserlichen Ansprüche eingeschränkt sehen wollte. So hatten Maximilians Unterhändler nicht wenig zum Zurückschneiden jener kaiserlichen Zugewinne beigetragen, deren Ausbau nach 1619 von Bayern eingeleitet und dann tief bedauert worden war. Frankreich war im Friedenswerk die Rolle eines Gegengewichts zum Kaiser zugewiesen worden, den man auf den Rang eines *Primus inter pares* zurückgedrängt hatte; Frankreichs Grenzen waren - nicht zuletzt dank der bayerischen Rückendeckung in der französischen Satisfaktionsfrage bis an den Rhein vorgeschoben, in eine strategische Position, die den Aktionen der französischen Diplomatie künftig einen drohenden militärischen Hintergrund geben konnte. Bayerns Politik mußte fortan mit Frankreich rechnen; es war gleichsam eingespannt zwischen Wien und Versailles, und es stand vor der Frage, wie es mit diesem Spannungsfeld politisch fertig werden konnte.

In der entstandenen Balance zwischen Österreich und Frankreich lag die Chance, in der einsetzenden Internationalisierung des politischen Systems im Reich aber auch die Reduzierung der bayerischen Stellung. Der Westfälische Friede hatte zwar die Gewinne

Maximilians I. bestätigt, aber seither war Bayern jenes souveräne politische Spiel erschwert, ja unmöglich gemacht, das seinen Aufstieg im Gefüge des Reiches gefördert hatte. Die Situation war grundlegend verändert, als Bayern 1651 nach mehr als einem halben Jahrhundert Regierungszeit seinen großen Kurfürsten Maximilian I. verlor. Nun mußten die Kriegsschäden behoben werden, das Reich mußte sich auf neue Konstellationen einstellen. Kaiser Ferdinand III., um den Preis einer Konsolidierung der Erblande in seinen kaiserlichen Herrschaftsansprüchen erheblich reduziert, konnte nur langsam daran gehen, das verlorene Terrain wiederzugewinnen. Frankreich jedoch konnte zunächst den Friedensschluß nicht nützen, denn es wurde bald danach im Inneren durch die Fronde erheblich erschüttert.

Der neue bayerische Kurfürst Ferdinand Maria wurde 1652 mit der savoyischen Prinzessin Henriette Adelaide verheiratet. Würde dem französischen Kulturfluß auch die politische Annäherung folgen, die sich in der Spätphase des Dreißigjährigen Krieges abgezeichnet hatte? Es lag nahe, die Eigenständigkeit des Kurstaates auf diese Weise zu stützen. Daß Bayern eine solche Politik tatsächlich einschlug, verband sich mit dem Namen des Vizekanzlers Kaspar von Schmid, eines Mannes, der als typischer Politiker des 17. Jahrhunderts in den Kategorien des Gleichgewichts dachte. Schmid war geschult an der Staatskunst Maximilians I., aber noch vorsichtiger als sein Vorbild.

Das Bayern nach 1648 sah sich einerseits vom Pfälzer Revisionismus gegen den Westfälischen Frieden direkt bedroht, aber auch indirekt von den kaiserlichen Revisionstendenzen. Ferdinand III. hatte den Friedenskongreß gleichsam als reichspolitischer Verlierer verlassen; gestützt auf seine erbländische

Herrschaftskonsolidierung stellten er und seine Nachfolger sich auf den Boden der Friedensregelungen und erreichten so mit zäher und konsequenter Politik die Restauration der kaiserlichen Stellung im Reich. Die reichspolitische Programmatik des Friedensschlusses hatte indessen Bayern nur wenig nützen können. Vielmehr mußte der eingeleitete Konsolidierungsprozeß in den Erblanden den Druck auf Bayern eher verstärken; es handelte sich nicht mehr um das geteilte und zerstrittene Haus Österreich, mit dem man es bis zum Vorabend des Dreißigjährigen Krieges zu tun gehabt hatte. Hinzu kam die faktische Preisgabe Norddeutschlands als kaiserliche Einflußzone, ein weiteres Resultat des Krieges. Die Münchener Politik mußte Rücksicht auf Wien nehmen, wollte sie weiter eine selbständige Rolle spielen - gleichzeitig aber mußte sie verhindern, allzu sehr in seinen Sog zu kommen.

So gingen die bemerkenswertesten und eigenständigsten Versuche, das politische Programm des Westfälischen Friedens auszufüllen, nicht von Bayern aus. Kurbrandenburg initiierte eine konsequente territoriale Konsolidierungs- und eine ausgreifende regionale Hegemonialpolitik. Der erste Kurfürst im Reich, Johann Philipp von Schönborn, Erzbischof von Mainz, suchte seinerseits im sogenannten Rheinbund von 1658 die Reichsstände ohne den Kaiser zu organisieren. In beiden Fällen stand die französische Diplomatie hilfreich zur Seite; in beiden Fällen kam es aber schließlich infolge der französischen Großmachtpolitik zum Bruch. Lage und Stellung Bayerns hatten es von den Rheinbundplänen des Mainzer Erzbischofs ferngehalten. Aber die französische Diplomatie erkannte sehr wohl den Wert Bayerns und die Chance, die sich bot - vor allem durch den dynastischen Rang der Wittelsbacher.

Die bekannte teilweise Interessenidentität von Paris und München kam indessen noch nicht zum Tragen. Die Regentschaft der Kurfürsten-Witwe Maria Anna, einer Habsburgerin, tat, was Verwandtschaft und die Labilität einer Vormundschaft geboten; sie suchte Rückhalt beim Reichsoberhaupt. Aber die savoyische Ehe ihres Sohnes war ein Erfolg Mazarins, denn Henriette Adelaide war eine Anhängerin Frankreichs. Es zeigte sich schnell, daß die Freunde einer französischen Option am Münchner Hof nicht wenige waren, außer dem Vizekanzler Kaspar von Schmid vor allem der Obersthofmeister Graf Hermann Egon von Fürstenberg-Heiligenberg, der Bruder der beiden "Egoniden", Wilhelm Egon und Franz Egon von Fürstenberg, die zu den entschiedensten Verfechtern französischer Reichspolitik zählten.

Der junge Münchener Kurfürst rückte bald in den Mittelpunkt französischen Interesses, nachdem das kurzfristige "Hoch" der kaiserlichen Politik 1652-1654 zu Ende gegangen war und der jähe Tod des Römischen Königs Ferdinand (IV.) die kaiserlichen Erfolge jener Jahre zunichte gemacht hatte. Im Zeichen der fortschwellenden Auseinandersetzungen mit Habsburg suchte Mazarin nun mit einer französischen Thronkandidatur den Fuß ins Reich zu setzen - als Alternative galt für Paris der bayerische Kurfürst. Mit dem Tode Ferdinands III. 1657 gewann so München plötzlich eine zentrale reichspolitische Bedeutung, denn Mazarin drängte förmlich auf eine bayerische Kandidatur. Französische Subsidien, auf ein Jahrhundert zentrales Mittel französischer Deutschlandpolitik, flossen reichlich nach München. Aber am 24. August 1657 entschied sich Kurfürst Ferdinand Maria für den habsburgischen Kandidaten. Fehlende eigene Nachkommenschaft, die expo-

nierte Lage Bayerns in der Nachbarschaft Österreichs, die zu erwartende Todfeindschaft der Habsburger ließen den jungen Wittelsbacher vor der Kandidatur zurückschrecken. Er folgte damit den Spuren des Vaters, der aus ähnlichen Motiven vor dem Kriege das Angebot der Königskrone abgelehnt hatte. Eine ständige Gegnerschaft Bayerns zu Österreich war für französisches Balancedenken ein Anreiz, für bayerisches aber nicht. Hinzu kam der latente Gegensatz zum Pfälzer Revisionismus, der unter Kurfürst Karl Ludwig zäh alle Rechtstitel in Anspruch nahm - man wußte selbst nur zu gut um die kaiserlichen Prärogativen, die die Kurwürde auch wieder verändern konnten. So ließ Ferdinand Maria sich vom neuen Kaiser Leopold I. die Gewinne des Vaters garantieren; die französischen Partner im Reich wären ebenso wie der Pariser Hof bei einer Auseinandersetzung mit Österreich nur eine geringe Hilfe gewesen.

Im Gegenzug gegen die habsburgische Wahl von 1658 aber stützten sich Ferdinand Maria und Kaspar von Schmid erneut auf Frankreich. Die Zielsetzung, eine Mobilisierung des Reiches zugunsten des Hauses Österreich zu verhindern, kennzeichnete auch die Politik Johann Philipps von Schönborn - sie entsprach bayerischem Interesse, denn eine Verwicklung in die österreichischen Kriege hätte es zutiefst betroffen. Der Aufstieg Frankreichs zur europäischen Hegemonialmacht, der einen Mann wie Johann Philipp von Schönborn schließlich so sehr irritierte, betraf die westlichen Gebiete des Reiches weitaus stärker als Bayern. Reichspolitisch erhöhte der wachsende Druck sogar Handlungsfreiheit und Bedeutung Münchens.

So öffnete sich Ferdinand Maria 1663 bereitwillig einem französischen Vorstoß, der verbunden war

mit der Gratulation zur Geburt des Kurprinzen Max Emanuel. Ein Bündnisvorschlag 1664 wurde noch nicht realisiert, aber das drohende Aussterben der österreichischen Habsburger ließ den Kurfürsten und seinen Vizekanzler schließlich auf Frankreich zugehen, wobei Schmid stets die gebotene formale Loyalität gegenüber dem Reichsoberhaupt zu wahren suchte. Zwar schien mit den europäischen Kriegen Ludwigs XIV. Bayern für Frankreich zunächst an Wert zu verlieren - aber die Auflösung des Rheinbundes und das Zurückschwenken des Mainzers auf den Kaiser ließen den Kurswert Bayerns für Frankreich erheblich steigen. Paris ging es darum, durch hinlängliche Zahl seiner Parteigänger eine Option des Reiches für die kaiserliche Außenpolitik zu verhindern. Nach 1668 schien die bayerische Frankreichpolitik durch die österreichisch-französische Verständigung über das spanische Erbe lahmgelegt; isoliert wandte sich nun Schmid fast als Bittsteller an Frankreich. Aber der endgültige Zusammenbruch der französischen Rheinbundpolitik führte dann doch zur Allianz, zum Hauptvertrag von München am 17. Februar 1670; aus der Gefahr einer Isolierung gegenüber dem Reich war es nun Frankreich, das große Zugeständnisse machte und Bayern fast als gleichberechtigten Partner akzeptierte. Frankreich sollte das Erbe der spanischen, Bayern wesentliche Teile des Erbes der österreichischen Habsburger im Aussterbensfalle erhalten. Das Projekt eines französischen Kaisertums, kombiniert mit einem Römischen Königtum des Hauses Bayern, symbolisierte die Juniorpartnerschaft Bayerns zu Frankreich, womit freilich Ferdinand Maria nicht ganz einverstanden war. Damit aber hatte sich Frankreich den Rücken für seine europäische Politik freigemacht - die bayerisch-französische Allianz sollte in ihren wesent-

lichen Zielen jedoch niemals realisiert werden.

Kaspar von Schmid sah als Ziel eine Kombination bayerischer Eigeninteressen mit der Friedenssicherung im Reich; dies war Teil einer Politik der Eindämmung Österreichs und des Kaisers - die Forderung der Neutralisierung des Reiches im Kampf gegen Frankreich entsprach alten Tendenzen bayerischer Politik. Aber Ferdinand Maria schreckte doch vor einer unmittelbaren Aktion zugunsten Frankreichs im Holländischen Krieg zurück, entgegen dem Votum seiner savoyischen Gemahlin. Immerhin verweigerte er dem Kaiser eine Truppenhilfe im Reichskrieg gegen Frankreich, den der Holländische Krieg ausgelöst hatte. Beinahe wäre es im Gefolge dieser Politik Ferdinand Maria sogar gelungen, zum Schiedsrichter zwischen Versailles und Wien aufzusteigen. Es war konsequente bayerische Interessenpolitik, die der Kurfürst und sein Vizekanzler betrieben - nicht immer im Rahmen reichspolitischer Loyalität. Daß der Nachfolger des 1679 früh verstorbenen Ferdinand Maria diese Politik nicht mehr fortzusetzen vermochte, lag freilich nicht nur an seinen persönlichen Charaktereigenschaften und Schwächen.

Bereits mit der Geburt Erzherzog Josephs (I.) 1678 waren die bayerischen Hoffnungen auf das österreichische Erbe in eine weitere Ferne gerückt. Der Aufstieg des Hauses Österreich, den zu verhindern Ferdinand Maria und Kaspar von Schmid in den Mittelpunkt der Politik gerückt hatten, ging unvermindert weiter. Doch unter Ferdinand Maria, bei den Friedensverhandlungen von Nimwegen, hatte sich gezeigt, daß Bayern eben doch nur eine Macht zweiten Ranges war - immerhin hatte der Kurfürst dem erschöpften Land den Frieden wahren können.

Aber das Haus Österreich hatte sich mit den

Pfalzgrafen von Neuburg seinerseits einen wittelsbachischen Juniorpartner gesucht, eine Politik, die durchaus eine anti-bayerische Spitze hatte. Überdies bedeutete die Kuradministration von Ferdinand Marias Bruder Max Philipp eine Lähmung der bayerischen Handlungsfähigkeit. Zwar schien die für das Haus Bayern glanzvolle Eheschließung der Prinzessin Marianne Christine mit dem Dauphin die bisherige Politik zu garantieren. Diese auch von Max Emanuel gewünschte Verbindung seiner Schwester hinderte den Administrator jedoch nicht an seiner zurückhaltenden Linie; sie war im wesentlichen bestimmt durch reichspolitische Loyalität, welche letztlich dem Reichsoberhaupt zugute kommen mußte. So blieb zwar Kaspar von Schmid im Amt, aber das Bündnis mit Frankreich lief 1680 aus.

Der neue Kurfürst Max Emanuel hatte nicht das abwägende Temperament des Vaters; der glänzende Barockfürst hielt sich viel zugute auf die Stellung seines Hauses; die bayerische Politik erhielt unter ihm stark forcierte, aber auch sprunghafte Züge. Schon der Plan der Eheschließung mit der Habsburgerin Maria Antonia, der Tochter Kaiser Leopolds I. aus seiner spanischen Verbindung, hatte fast zwangsläufig zu einer Rückbindung an das Erzhaus geführt. Ferner konnte sich der junge Kurfürst nur schwer der antifranzösischen Stimmung im Reich entziehen, die nach dem Holländischen Krieg um sich griff und durch die Réunionspolitik Ludwigs XIV. sowie die Annexion Straßburgs 1681 kräftige Nahrung erhielt. Hier setzte die kaiserliche Politik geschickt an; zwar verharren Max Emanuel und seine Räte, die noch die des Vaters waren, auf ihrem früheren vorsichtigen Taktieren, welches nicht mit Frankreich brechen wollte. Der eskalierende französische Druck, vor allem das provokante Verhalten

des französischen Gesandten De la Haye auf dem Frankfurter Kongreß 1682 gegenüber seinem bayerischen Kollegen, den er wie den Vertreter eines französischen Satelliten behandelte, taten ein übriges.

1683 schloß Max Emanuel mit dem Kaiser ab und entließ Kaspar von Schmid. Das geschickt vorgetragene, persönlich akzentuierte Vorgehen Leopolds I. tat ein übriges; vor allem der kaiserliche Wallfahrtsbesuch in Altötting war ein Meisterstück; hinzu kam der Einsatz Max Emanuels für den Kaiser in seinen Türkenkriegen, wo sich der "blaue König" großen militärischen Ruhm erwarb, schließlich die Heirat mit der Kaisertochter Maria Antonia im gleichen Jahre 1683. Aber es zeigte sich, daß der Kurfürst mit der unbedingten Annäherung an Österreich sich jeden Handlungsspielraum genommen hatte - Wien dachte gar nicht daran, die bayerischen Leistungen zu honorieren. Zu problematisch war es, die Barriere vor der eigenen Haustür noch zu verstärken. Man wird bei der Beurteilung der Situation allerdings auch veranschlagen müssen, daß sich mittlerweile der beachtliche Aufstieg der kaiserlichen Stellung im Reich vollzogen hatte. Diesen jedoch hatte auch die Politik Ferdinand Marias nicht verhindern können.

So setzte Ludwig XIV. auf die bayerischen Enttäuschungen, als er 1688 den Marquis von Villars nach München entsandte, um die alten Verbindungen wieder zu knüpfen. Der Gesandte brachte kühne Projekte mit, die dem Temperament Max Emanuels entsprachen: eine Arrondierung Bayerns zu Lasten der kleinen Reichsstände, der Reichsstifte und der Reichsstädte, einen Anteil am zu erwartenden spanischen Erbe. Versailles ging es abermals um ein Gegengewicht gegen das aufstrebende Österreich. Max Emanuel dagegen blickte bereits auf die Niederlande, eine Tendenz, die man in

Wien nicht ungern sah, während sie Versailles weniger willkommen war. Doch blieb der Rückgriff auf die politischen Tendenzen Kurfürst Ferdinand Marias nur eine Episode, zumal Frankreich beim Spiel um Kurköln für eine Wahl seines Parteigängers Wilhelm Egon von Fürstenberg und gegen Max Emanuels Bruder Joseph Clemens optierte. Hinzu kamen die französischen Aktionen gegen die Pfalz, die das nunmehr regierende katholische Haus Neuburg bedrohten und das Reich in beträchtlichen Aufruhr setzten.

Den französischen Gesandten benützte Max Emanuel nur, um Druck auf Wien auszuüben - 1689 entließ er ihn ungnädig von seinem Hof und trat der antifranzösischen Augsburger Allianz bei. Das Bündnis mit Wien trug Max Emanuel die Statthalterschaft der spanischen Niederlande ein - eine königsähnliche Würde, gleichsam das katholische Pendant zur Statthalterschaft Wilhelms III. von Oranien, des Königs von England, in den nördlichen Niederlanden. Aber der Kampf Max Emanuels im Heer der Verbündeten brachte ihm weder militärischen Ruhm noch politischen Gewinn. Eine Kompensation bot freilich die aufkeimende Hoffnung auf das spanische Erbe, verkörpert in dem 1692 geborenen Kurprinzen Joseph Ferdinand, dessen Geburt das Leben seiner Mutter Maria Antonia gekostet hatte. Mit dem spanischen Erbe taten sich neue Dimensionen bayerischer Politik auf.

Frankreich war zunächst nur bereit, den Kurprinzen mit den spanischen Niederlanden abzufinden; dies aber widersprach der Linie des Madrider Hofes, welcher das gesamte spanische Erbe zusammenhalten wollte. Max Emanuel träumte so von der Erbfolge Joseph Ferdinands im spanischen Gesamtreich, die eine dritte Lösung zwischen der französischen und der österreichi-

schen gewesen wäre und rechtlich nicht einmal schlecht fundiert war. Er hatte freilich nicht die Möglichkeiten, entschlossen in die Madrider Auseinandersetzungen einzugreifen - immerhin kam es zum Teilungsvertrag vom 24. September 1698, den Frankreich mit dem englischen König Wilhelm III. von Oranien abschloß und dem auch die Generalstaaten beitraten. Gemäß den Interessen der Seemächte an einer "neutralen" Lösung sollten der bayerische Kurprinz Spanien, die Niederlande und das überseeische Reich erhalten, der französische und der österreichische Prätendent mit Entschädigungen aus dem spanischen Erbe abgefunden werden. Im gleichen Jahr erklärte König Karl II. von Spanien den kleinen Wittelsbacher sogar zum Universalerben - für Max Emanuel eröffneten sich schwindelerregende Dimensionen mit kaum überschaubaren weltpolitischen Konsequenzen. Da machte der jähe Tod des kleinen Prinzen am 6. Februar 1699 einen Strich durch alle Rechnungen. 1700 setzte Karl II. den französischen Prinzen Philipp, den Enkel Ludwigs XIV., zum Universalerben ein - die bayerische Karte schien ausgespielt. Es ging jetzt um die Frage, ob es in Spanien einen habsburgischen Karl III. oder einen bourbonischen Philipp V. geben sollte.

Aufzugeben aber war niemals Max Emanuels Sache. Schon im Teilungsvertrag von 1698 hatte er sich einer Kombination zwischen Frankreich und den Seemächten angenähert - getrieben von den Enttäuschungen über Österreich, schloß er sich vollends Frankreich an. Als 1700 die Feindseligkeiten ausbrachen, spielte der bayerische Kurfürst den einrückenden Franzosen die belgischen Festungen in die Hände. Offensichtlich hatte Max Emanuel auf einen militärischen Erfolg Frankreichs gesetzt.

Aber die Wurzeln seiner Option lagen tiefer.

Unverkennbar ging der Kurfürst in seinen Erwägungen vor allem von seinem niederländischen Faustpfand aus, weniger von einem Ausbau seiner bayerischen Stammlande, der auch von Österreich schwerlich zu erhalten gewesen wäre. Max Emanuel dachte von einem ausgeprägten, ja überhöhten dynastischen Selbstbewußtsein her; mit dem Gewinn der Niederlande sollte die Königswürde verbunden sein. Längst war der bayerisch-österreichische Gegensatz neu emporgeflammt; es war deutlich, daß der kaiserliche Geländegewinn im Reich kein bayerisches Pendant hatte. Der Druck Wiens auf die bayerische Position war unerbittlich gewesen; Wien hatte sogar die bayerischen Ansprüche auf Max Emanuels geliebte Niederlande konterkariert. Hinzugekommen war die unglückliche Ehe Max Emanuels mit der Kaisertochter Maria Antonia, die den Wiener Hof sehr verbittert hatte. So hatte sich Max Emanuel angesichts der zu erwartenden spanischen Erbfolgekrise zunächst zu einer Politik des Lavierens entschlossen, die aber schon für sich eine Distanzierung von Österreich bedeutet hatte.

Max Emanuels Position schien verstärkt, da er seinen Kölner geistlichen Bruder Josephf Clemens im Schlepptau hatte. Am 18. März 1701 schloß der Bayer im Neutralitätsvertrag von Versailles mit Frankreich ab; der Vertrag schien recht vorteilhaft. Ludwig XIV. garantierte den bayerischen Besitz, überließ Max Emanuel die Statthalterschaft in Brüssel bis zur Bezahlung der eigenen Geldschulden und versprach dem bayerischen Kurfürsten Flandern und den Hennegau. Dennoch suchte der Wittelsbacher seine Position offensiv zu halten; er übernahm kurzfristig die Führung der Assoziation der Vorderen Reichskreise; es zeigte sich, daß das Eintauchen in die Spielregeln der Reichsverfassung Schlupflöcher bieten konnte. Aber die europäische Koa-

litionspolitik des Kaisers isolierte Bayern inmitten des Reiches. Zugleich entriß der Mainzer Kurfürst Lothar Franz von Schönborn Max Emanuel den Einfluß auf die Kreisassoziation, die der Bayer in eine Frankreich günstige Neutralität hatte führen wollen. Noch einmal konnte Max Emanuel den Preis Frankreichs erhöhen, dank der bedrängten Situation Ludwigs XIV.: der Erwerb der rheinischen Pfalz und des Fürstentums Neuburg sollte nicht nur die Pfälzer Konkurrenz, sondern auch das ganze Haus Neuburg tödlich treffen. Hinzu kamen die erbliche Regierung der Niederlande mit der Souveränität über Geldern und Limburg, bei Verlust Bayerns die ganzen Niederlande; weiter sollte der Kurfürst den Königstitel erhalten - ein Phantom, dem Max Emanuel immer wieder nachjagte. Schließlich wurde ihm noch eine ganze Armee zum Schutze Bayerns zugesagt.

Das Ganze zeigte allerdings auch die verzweifelte Isolation des französischen Königs; Max Emanuel war die Problematik dieser Zusagen durchaus klar - die meisten Beuteobjekte mußten erst noch erobert werden. Aber der Kurfürst war durchaus eine Spielernatur. Österreich allerdings unterschätzte seinen Nachbarn - es glaubte, mit ihm leicht fertigzuwerden. Dabei galt freilich auch, daß das weniger riskante Spiel den geringeren Gewinn erhoffen ließ. Als Max Emanuel mit Wilhelm III. wie mit der Wiener Hofburg Verhandlungen anknüpfte, stellte er immense territoriale und finanzielle Forderungen bis zur Vertauschung Bayerns gegen Neapel und Sizilien. Die kaiserlichen Angebote waren bescheidener als die französischen. Nun aber erboste Max Emanuel nach der Erfahrung vieler Jahre treuer Dienste die Aussicht auf eine Juniorpartnerschaft zum Erzhaus maßlos. Brüsk brach er die Verhandlungen mit dem kaiserlichen Gesandten Graf Schlick ab und vollzog

die lange aufgeschobene Ratifikation des französischen Vertrages. Damit stand er auf Gedeih und Verderb im französischen Lager; alle späteren Versuche, seinen Handlungsspielraum zurückzugewinnen, sollten scheitern. Hinzu kam die starke Abhängigkeit Max Emanuels von Subsidien, die seine Möglichkeiten weiter einengte.

Der Kurfürst eröffnete handstreichartig die Feindseligkeiten in Süddeutschland; der Landfriedensbruch brachte jedoch keine entscheidenden Vorteile - die Politik der Besetzung der Faustpfänder, vor allem Tirols, hatte nur temporäre Bedeutung. Der große Plan eines Stoßes ins Herz des Gegners, der Marsch auf Wien, wurde nicht durchgeführt. Tirol mußte geräumt werden, die Konflikte des Kurfürsten mit dem bedeutenden französischen Marschall Villars häuften sich, bis dieser abberufen wurde. Andererseits verstärkte sich der Druck Österreichs auf Bayern, aber selbst jetzt noch bot der österreichische Diplomat Graf Wratislaw die Krone und einige territoriale Abrundungen für einen Frontenwechsel. Doch am 10. Oktober 1704 folgte die katastrophale Niederlage der französisch-bayerischen Truppen gegen den Herzog von Marlborough und den Prinzen Eugen von Savoyen bei Höchstädt, die Bayern den Österreichern auslieferte. Zu einem angebotenen Frieden ohne Gewinn und Verlust war aber der ehrgeizige Kurfürst auch jetzt nicht bereit; er folgte den zurückweichenden französischen Truppen.

Die harte Hand des neuen Kaisers Josef I. nahm die Dismembration Bayerns in einer Politik der Faustpfänder in Angriff. Hinzu kam die Restitution der alten Pfälzer Position durch Rückgabe der Oberpfalz und der ersten Kurwürde an Kurfürst Johann Wilhelm, nachdem Josefs radikalere unmittelbare Annexionspläne

gescheitert waren. In München zog eine kaiserliche Administrationsregierung ein; 1706 verhängte Josef I. in einem reichspolitisch nicht umstrittenen Verfahren gegen Max Emanuel und seinen Kölner Bruder Joseph Clemens die Reichsacht. Gerade die Kompromißlosigkeit des Habsburgers aber nagelte Max Emanuel aus der französischen Seite fest. Das zeigte sich 1706, als die militärische Position Ludwigs XIV. ihren Tiefpunkt zu erreichen begann und Max Emanuel auf seinem Sitz Brüssel an die Peripherie der Niederlande verdrängt wurde. Trotz gelegentlicher militärischer Kommandos war er zur Passivität verurteilt.

Als Ludwig XIV. 1709 bei den Haager Friedensverhandlungen gar die Preisgabe des eigenen Enkels in Spanien anbot, schien die bayerische Politik vollends am Ende. Max Emanuels Versuche, erneut mit dem Kaiser Verbindungen aufzunehmen, waren Ausdruck einer verzweifelten Situation. Der bedingungslose Anschluß an Frankreich nach der Katastrophe von Höchstädt schien sich nicht auszuzahlen. Ludwig XIV. war irritiert - er suchte Max Emanuel zur Preisgabe der Oberpfalz zu bewegen, also zur Aufgabe des territorialen Gewinns von 1648. Max Emanuel seinerseits, der erneut über Gewährsleute mit dem Kaiser anknüpfte, stellte immer noch immense Forderungen, unter denen die Königswürde nicht fehlte. Die strategischen Dimensionen seiner Politik ließen ihn jedoch ein Faktor des europäischen Kräftespiels bleiben. Womöglich war auch seine Kompromißlosigkeit nicht ganz so unreal, wie sie aus späteren Perspektiven erscheint: drei Generationen zuvor hatten auch der Pfalzgraf Kurfürst Friedrich V. und seine Familie mit ihrer Beharrlichkeit erreicht, daß wenigstens ein Teil des Erbes restituiert wurde.

Da trat ein Ereignis ein, das Entlastung

brachte, der überraschende Tod Kaiser Josefs I. 1711. Der Bayer gedachte sogleich in Verbindung mit Frankreich die Situation zu nützen, aber die geplante Teilnahme der beiden geächteten wittelsbachischen Kurfürsten an der Kaiserwahl ließ sich nicht realisieren. Der diplomatische Bodenverlust des Hauses Österreich war jedoch eindeutig; die Seemächte waren nicht bereit, für den habsburgischen Kandidaten, nunmehr Kaiser Karl VI., den Bruder Josefs I., weiterhin um die spanische Krone zu streiten. Die französische Diplomatie begriff ihre Chance, und sie bezog Max Emanuel in ihre Überlegungen ein. Das Ziel war nun relativ bescheiden, die Wiederherstellung des Vorkriegsstandes der bayerischen Besitzungen. Dennoch war damit der Pfälzer Kurfürst aus dem Hause Neuburg tangiert, der sich mit der Oberpfalz um den Lohn seiner kaisertreuen Politik geprellt sah. Die Oberpfalz wurde nunmehr Objekt des allgemeinen Tauziehens. So forderte Frankreich für seinen Schützling die Entschädigung mit Sardinien oder den Niederlanden, der Kaiser konzedierte Sardinien, lehnte aber die Königswürde ab. Man einigte sich auf die Rückgabe der Oberpfalz und sagte dem Kurfürsten Johann Wilhelm Entschädigung aus dem spanischen Erbe zu, die nie realisiert wurde.

Durch die Weigerung Karls VI., dem Utrechter Frieden von 1713 beizutreten, blieb auch die bayerische Frage in der Schwebe. Für den isolierten Kaiser wurden die Entwicklungen ungünstig - nun dachte auch er daran, Max Emanuel die Niederlande zu überlassen; am Ende brachten die folgenden Auseinandersetzungen nichts weiteres als die Restitution Bayerns, die 1714 in Rastatt und Baden festgeschrieben wurde. Der Pfälzer Kurfürst war dupiert durch die Haltung Wiens. Max Emanuel erhielt für seine riskante Politik allein die

Restitution seines verwüsteten Landes; der Erwerb der Niederlande oder Mailands samt dem Königstitel, das Hauptziel, wurde nicht erreicht. Es hatte sich herausgestellt, daß den Möglichkeiten eines Reichsstandes wie Kurbayern im europäischen Rahmen Grenzen gesetzt waren.

Die Erfahrungen des Krieges waren für den Kurfürsten eindeutig; trotz unverkennbar opportunistischer Züge seiner Politik - darauf hat Andreas Kraus hingewiesen - hielt ihm Frankreich die Treue. Versailles rettete seinen Verbündeten, weil es ihn nach wie vor als Gegengewicht zu Österreich benötigte - ein Gegengewicht in einem für Wien durchaus sensiblen Bereich, ohne das eine aktive Reichspolitik Frankreichs nicht denkbar war. Der Vergleich zur Härte Österreichs fiel bei Max Emanuel eindeutig zugunsten Frankreichs aus. Die Versailler Politik hatte freilich kaum eine andere Wahl, denn eine Preisgabe ihres treuen Parteigängers hätte zu einem katastrophalen und langfristigen Vertrauensverlust im Reich geführt. Nach wie vor blieb auch die alte bayerisch-französische Interessenidentität gegeben, blieb Frankreich die Möglichkeit, durch Bayern die eigene Position gegen Österreich zu stärken.

Max Emanuel schien weiterhin an seiner Politik festzuhalten. Im Vertrag von Fontainebleau 1714 erreichte er die französische Anerkennung für seine Ansprüche auf die österreichischen Erblande im Falle des Aussterbens des habsburgischen Mannesstammes. Aber der Spanische Erbfolgekrieg hatte die europäische Konstellation vielfältig verändert. Vor allem hatte der Aufstieg Großbritanniens zu einer Weltmacht das Mächtesystem verschoben bis hin zu einer zeitweiligen Annäherung Frankreichs und Österreichs. Freilich:

Österreichs Position war erheblich geschwächt durch den fehlenden männlichen Erben: Seit 1711 bestand die männliche Linie der Dynastie nur noch aus Kaiser Karl VI. Die Bemühungen um die Stabilität der Erblande haben die österreichische Großmachtpolitik vielfach belastet; es entstand zwar aus dem Versuch, die Gefahr zu reduzieren, eine Konsolidierung der Gesamtstaatsidee, aber es blieb doch das Problem, Europa zu gewinnen. Dies aber gab der österreichischen Politik viele Blößen und den anderen Mächten zahlreiche Möglichkeiten der Erpressung. Aus bayerischer Perspektive stellte sich jedoch erneut die Frage des dynastischen Ranges; auf der anderen Seite zeichnete sich die Chance ab, daß die seit 1648 kraftvoll aufgemauerte kaiserliche Position abbröckelte.

Tat sich hier für Max Emanuel ein neuer Spielraum auf? Frankreich hatte zunächst den Kurfürsten bei der Stange zu halten getrachtet, aber die französische Regentschaft nach dem Tode Ludwigs XIV. 1715 blieb stark mit sich selbst beschäftigt. Andererseits erfüllten sich für München Hoffnungen auf einen Ausgleich mit Österreich einschließlich der Chance zur Erbfolge nicht. Noch 1714/15 näherte sich jedoch die von Österreich düpierte Kurpfalz dem wittelsbachischen Vetter in München; man begann zu begreifen, daß der Weg des innerdynastischen Ausgleiches, der Beseitigung der bisherigen Konfliktpunkte, mehr wert war als ein kühnes Spiel mit ungewissem Ausgang. Beide Linien zusammen gewannen wieder an Wert für Frankreich, das gemeinsam mit den Seemächten gegen die kaiserliche Überseehandelspolitik zu Felde zog. Die Seemächte bremsten Frankreich jedoch bei einer riskanten bayerischen Bündnispolitik - nur ein voll handlungsfähiges Frankreich konnte die bayerische Karte spielen.

Es war dann der Ehrgeiz Max Emanuels, der wieder die Initiative ergriff, nun im Sinne wittelsbachischer Solidarität. Die drohende Erbfolgeproblematik hatte die Wiener Politik zunehmend unter Druck gebracht; Wien hatte gegenüber den rivalisierenden Interessen Preußens und der Kurpfalz am Niederrhein widersprüchliche und opportunistische Zusagen gemacht, durch die sich die Mannheimer Regierung erneut geprellt fühlte. Gegenüber dem unsicher werdenden Wiener Hof näherten sich die beiden Wittelsbacher, von denen der eine ja unmittelbarer Nachbar Frankreichs war, abermals Versailles. Wenn auch der Leiter der französischen Politik, Kardinal Fleury, beide Kurstaaten 1729 in ein Neutralitätssystem einband, so war bei dem vorsichtigen Kardinal doch klar, daß das Maß französischer Unterstützung und damit auch französischer Bindung von den Gezeiten der europäischen Politik abhing. Das Frankreich Ludwigs XV. war nicht mehr jenes Ludwigs XIV., und Fleury war nicht Richelieu oder Mazarin. Dennoch bedeuteten die nunmehr gemeinsam operierenden Höfe von München und Mannheim kein geringes Gegengewicht gegen Österreich. Andererseits schien die Politik Karls VI. Erfolg zu haben, durch eine Garantie der Pragmatischen Sanktion im Reich und in Europa Dämme gegen fremde, nicht zuletzt bayerische Erbansprüche zu errichten.

Fleury versuchte, sich seinen Handlungsspielraum zu erhalten und trat nicht aus seiner Reserve hervor. Die Labilität der europäischen Szene führte zu Irritationen der Münchener Politik, zu einer Schaukelpolitik zwischen Wien und Versailles - es fehlte ihr ein fester Anhaltspunkt. Dies galt auch nach dem Regierungswechsel von Max Emanuel auf seinen Sohn Karl Albrecht 1726, gegenüber dessen Werbungen Fleury wei-

terhin zurückhaltend blieb. Der neue Kurfürst, Ehemann der erst nachgesetzt erbberechtigten Tochter Kaiser Josefs I., Marie Amalie, hatte den Blick fest auf das Erbe des Hauses Österreich gerichtet, dessen Aussterben ganz offenkundig bevorstand.

Im Lichte der späteren Politik seines Sohnes erhielt jene Max Emanuels trotz aller Problematik des Kurfürsten doch einen gewissen Sinn, ganz abgesehen davon, daß die dynastischen Rangerhöhungsprojekte des 17./18. Jahrhunderts angesichts der Fürstenmentalität jener Zeit ernstzunehmen sind. Die Wittelsbacher, seit 1438 bereits von den Habsburgern auf die zweite Stelle im Reich verwiesen, drohten nun von Hohenzollern, Wettinern, Welfen und Hessen überflügelt zu werden, die sich zeitweilig oder auf Dauer Königskronen aufs Haupt zu setzen vermochten. Demgegenüber hatte Bayern angesichts der habsburgischen Machterweiterung innerhalb und außerhalb des Reiches seit 1648 ständig an Boden verloren.

Was Ferdinand Maria noch vermocht hatte, war für Max Emanuel schon nicht mehr erreichbar: mit Hilfe Frankreichs Österreich ein echtes Gegengewicht zu bieten. So hatte er auf das Erzhaus gesetzt, um es nach zwei Jahrzehnten wieder zu verlassen, in der Hoffnung, von Frankreich mehr zu erhalten als vom undankbaren Österreich. Von der Perspektive bayerischer Staatskontinuität sind die Tauschpläne des Kurfürsten Max Emanuel durchaus verwerflich, zumal angesichts der Tatsache, daß sein Volk den Widerstand gegen die österreichische Herrschaft im Aufstand von 1705 mit Blut bezahlt hat. Die dynastische Perspektive sah anders aus: die Vertauschung Bayerns bedeutete die Aufgabe einer hoffnungslos unter österreichischen Druck geratenen Position der Dynastie zugunsten einer ande-

ren Herrschaft, die größere Handlungsfreiheit ermöglichte; der klare Bedeutungsverlust Bayerns gegenüber anderen aufsteigenden Kurhäusern macht dies hinreichend deutlich. Von daher gewinnen Max Emanuels Pläne durchaus Sinn, auch wenn Maßlosigkeit und opportunistische (oder machiavellistische) Züge bleiben. Auch die Kurfürsten Karl Albrecht und Karl Theodor suchten das Problem auf ihre Weise zu lösen.

Hatte sich Max Emanuel mit seinen Plänen im Spanischen Erbfolgekrieg aus der österreichischen Umklammerung zu lösen getrachtet, so gedachte Karl Albrecht nicht mehr und nicht weniger als in die bisherige Stellung des Erzhauses einzurücken, eine Stellung, die seinem Hause als der zweiten Dynastie des Reiches seiner Ansicht nach weit mehr zu gebühren schien als dem halbwegschen Hause Lothringen, das sich durch eine zufällige Heirat mit der österreichischen Erbtochter Maria Theresia den Vorrang erschlichen hatte und das Haus Bayern im letzten Moment vor dem Ziel jahrhundertelanger Wünsche abzufangen drohte.

Seinem Temperament nach war Karl Albrecht freilich wenig für einen solchen Coup geeignet - zögerlich, frühzeitig kränkelnd und nicht ohne depressive Züge, war er ein problematischer Partner. Dies war umso kritischer, als Bayerns militärische und finanzielle Vorbereitungen auf den großen Schlag mehr als ungenügend waren. Die politischen Ambitionen waren keineswegs getragen von einer entsprechenden Modernisierung des Staates. Die Pläne Karl Albrechts beruhten somit allein auf einem rein dynastischen Anspruch, dessen Legitimität allerdings durchaus Beifall fand - bis in Kreise der Wiener Regierung hinein. Die bescheidenen bayerischen Machtmittel sollten durch französische Unterstützung ergänzt werden; dabei ist frei-

lich darauf hinzuweisen, daß man in München - und in Mannheim - seit längerem gewohnt war, von französischen Subsidien zu leben.

So war es nicht der zögerliche Karl Albrecht und auch nicht das Frankreich des Kardinals Fleury, das den Kampf um das österreichische Erbe auslöste, sondern Friedrich II. von Preußen, der mit seinem Machtinstinkt nicht am politisch strittigen Niederrhein, sondern gegen das habsburgische Schlesien loszuschlug - Schlesiens Losreißung von Österreich ruinierte die habsburgische Position in den nördlichen Teilen des Reiches vollends. In drei Kriegen sollte der preußische König den Konflikt durchstehen und die Großmachtstellung seines Staates begründen. Hatte Karl Albrecht begriffen, daß damit der nachgeordnete Rang Bayerns im Reichsverband endgültig fixiert war? Zunächst zwangen die preußischen Aktionen Frankreich und Bayern zum Handeln. In Paris hatte es geraume Zeit gedauert, daß sich die Kriegspartei unter Charles Louis Graf, später Herzog von Belle-Isle durchsetzte. Erst jetzt stellte sich Frankreich hinter die wittelsbachischen Pläne, bei denen die Kurpfalz Kurbayern unterstützte. Das bayerisch-französische Zusammengehen unter der Regie von Belle-Isle stand freilich unter einem denkbar unglücklichen Stern.

Man hatte viel Zeit vergehen lassen; aber der Feldzug von 1741 mit der Stoßrichtung gegen Wien schien doch noch einmal eine Chance zu bieten. Das zeigte die leichte Eroberung Oberösterreichs und die Huldigung seiner Stände; bedrohlich näherten sich Karl Albrecht und Belle-Isle Wien. Durch die preußischen Erfolge war Maria Theresia hoffnungslos bedrängt. Da schwenkte die französisch-bayerische Armee nach Norden und nahm Prag ein. Karl Albrecht ließ sich als böhmi-

schem König huldigen; die böhmische Kurstimme wurde für Habsburg nicht zur Kaiserwahl zugelassen, und der Weg war frei für das wittelsbachische Kaisertum Karl Albrechts, nunmehr Karls VII.

Dennoch war die Schwenkung nach Prag ein Verhängnis für die französisch-bayerische Kriegspolitik. Maria Theresia hatte eine Chance bekommen zur Sammlung der Gegenkräfte, zur Mobilisierung der Großmacht Österreich. Als auch Friedrich der Große gegen die vorläufige Überlassung Schlesiens im Waffenstillstand von Kleinschnellendorf (9. Oktober 1741) und dann erneut im Frieden von Breslau (11. Juni 1742) seine Verbündeten preisgab, war der Weg frei für den Gegenstoß, der rasch die österreichischen Truppen nach Bayern führte, die Franzosen zur Aufgabe Prags zwang und den Kaiser nach Frankfurt abdrängte.

Die 1741 vergebene militärische Chance kehrte nicht mehr zurück; Friedrich der Große hat dies später unmißverständlich gerügt. Aber es ging nicht nur um einen strategischen Fehler, sondern um das ganze Dilemma der französisch-bayerischen Bündnispolitik. Nie war Bayern politisch und militärisch so schwach wie zum Zeitpunkt seines Griffs nach der Kaiserwürde. Es war also gänzlich angewiesen auf die Unterstützung seines Koalitionspartners Frankreich. Damit aber war unvereinbar das Ziel der bayerischen Politik: Kaiserwürde und Gewinnung möglichst der ganzen Erblande. Das war aus der Sicht des Wittelsbachers richtig gedacht, denn die Kaiserwürde ließ sich ohne die erbländischen Grundlagen schwer behaupten. Die strategische Konsequenz wäre also der Marsch auf Wien gewesen.

Dies aber widersprach gänzlich den Maximen traditioneller französischer Deutschlandpolitik, für die ja Bayern als Gegengewicht gegen eine allzu starke

habsburgische Machtentfaltung in Süddeutschland galt. Für Paris war es relativ gleichgültig, ob an der Spitze einer Zusammenfassung der gesamten österreichischen Erblände mit Bayern ein Habsburger, ein Habsburg-Lothringer oder ein Wittelsbacher stand. So war das französische Kriegsziel die Aufspaltung des alten österreichischen Machtpotentials zwischen einem wittelsbachischen Kaisertum mit erweiterter territorialer Basis und einer reduzierten österreichisch-erbländischen Monarchie, eine Konstellation, die Frankreich hohe Chancen eingeräumt hätte, auf Dauer zum Schiedsrichter zu werden. Daraus resultierte eine Art Kriegführung mit angezogener Bremse des Marschalls Belle-Isle, die ein strategisches Unding war. Karl VII., der nicht viel mehr als seine hochgespannten dynastischen Ambitionen einbrachte, hatte keine Möglichkeit zur Korrektur. Die Durchsetzung der französischen Kriegsziele wäre nur möglich gewesen, wenn Frankreich den Beteiligten den Frieden hätte diktieren können. Dazu aber ließen es schon die neue Großmacht Preußen und die Weltmacht England nicht kommen, ganz zu schweigen von der zähen und konsequenten Widerstandskraft Maria Theresias. Das Dilemma der französischen Kriegspolitik und die eklatante Schwäche Bayerns manövrierten beide in eine unmögliche Situation. Bedroht und verdrängt aus seinen Stammlanden, wurde der Wittelsbacher zum Kostgänger Frankreichs, ein Kaiser von Frankreichs Gnaden, in Frankfurt residierend - zwar einstimmig gewählt, aber doch von einem sichtlichen Zögern der Reichsstände über den Ausgang des Experiments begleitet. Andererseits wollten aus ähnlichen Motiven wie Frankreich auch Österreichs Partner, die Seemächte, vor allem England, keine totale Demontage des Wittelsbachers, den König Georg II. mit der hannoverschen

Stimme mitgewählt hatte. Manches ähnelte dem Schicksal Max Emanuels; passiver als sein Vater hat jedoch Karl VII. den Versuchen gegenübergestanden, ihn durch Kompromißvorschläge aus der französischen Allianz herauszubrechen - der Kaiser hat den Alleingang nicht gewagt. 1744 wiederum hat dann Preußen mit der Frankfurter Union, einer Kombination des Kaisers mit Frankreich, Preußen und dem armierten Hessen-Kassel, die Position Karls VII. noch einmal zu stützen getrachtet, wohl wissend, daß aus einem vorzeitigen Zusammenbruch des wittelsbachischen Kaisertums die Kaiserwahl des Großherzogs von Toskana und Gemahls der Maria Theresia, Franz Stephans von Lothringen, folgen würde - daß dann Österreich mit dem isolierten Preußen abrechnen könnte.

Am 20. Januar 1745 beendete der Tod Karls VII. das wittelsbachische Kaiserexperiment. Der neue bayerische Kurfürst Max III. Josef erkannte angesichts der wieder voll entfalteten Machtstellung Österreichs in Süddeutschland, daß die Chancen für eine Fortführung der französischen Koalitionspolitik relativ gering waren, zumal sein Haus nunmehr auch die Kaiserwürde verloren hatte. Der französische Gesandte Anne-Théodore de Chavigny suchte den Wittelsbacher in der Koalition zu halten; als Vorleistung überredete er sogar den Pfälzer Karl Theodor zur Überlassung des Reichsvikariats an Bayern. Auch wenn Max III. Josef anfangs durchaus ambitiöse Pläne hegte, so siegte doch schließlich seine Nüchternheit. Außerdem demonstrierte die anrollende österreichische Offensive, daß er eigentlich keinen Spielraum mehr hatte, daß die Alternative zum Einlenken nur ein selbstgewähltes Exil mit ungewissem Ausgang war. So schloß er am 22. April 1745 den Frieden von Füssen, der Bayerns territoriale Inte-

gritt wahrte und auch durch Subsidien der Seemächte den drohenden finanziellen Zusammenbruch verhinderte.

Das Kaisertum Karls VII. war Höhepunkt und Abschluß intensiver französisch-bayerischer Beziehungen. Die Koalition war unpopulär im Reich, wie sich noch bis ins 20. Jahrhundert an den immer wieder kolportierten Legenden um den angeblichen Nymphenburger Vertrag spiegelte, in dem Bayern Deutschland verraten habe. Aber auch Frankreich hat sich in der veränderten politischen Situation mit seinem Engagement für ein wittelsbachisches Kaisertum wenig Ruhm erworben. Die Gromachtrolle Österreichs ließ die traditionellen Koalitionsmuster nicht mehr zu, Bayern war zu sehr in den Schatten Österreichs geraten - die radikale bayerische Konzeption, eine Entscheidung zu erzwingen, trug Frankreich nicht mit, weil sie seinen deutschlandpolitischen Maximen widersprach. Es spiegelte sich aber auch der schwindende Rang Frankreichs im europäischen Mchtesystem. Schließlich sollte sich 1740 nicht mehr Bayern, sondern Preußen als der eigentliche Gegenspieler Österreichs erweisen - im Zeichen des Dualismus zweier deutscher Großmächte.

Daß auch Max III. Josef sich mit dem Ergebnis des Fssener Friedens nicht gerne abfand, war deutlich. Er gab 1745 zögernd und distanziert, aber letztlich doch loyal seine Stimme dem künftigen Kaiser Franz I. und beugte sich dem sterreichischen Übergewicht. Die Allianz mit Frankreich war zerborsten, aber die fortbestehend guten bayerisch-pfälzischen Beziehungen hatten auch ihre Verlängerung nach Versailles. Kurfürst Karl Theodor blieb nämlich ein Parteigänger Frankreichs, seines mächtigen Nachbarn - die geographischen Gesetze der Nachbarschaft einer Großmacht wirkten wie spiegelverkehrt zum bayerisch-sterreichi-

schen Verhältnis. Als Preußen und Kurpfalz mit französischer Rückendeckung nach langem Tauziehen schließlich das Königswahlprojekt um den kleinen Josef (II.) 1754 scheitern ließen, stand Bayern den österreichischen Ambitionen recht reserviert gegenüber; den Pfälzer Werbungen um eine pro-französische Neutralitätsliga versagte es sich aber - es zeichnete sich unter Max III. Josef eine Politik der relativen reichspolitischen Zurückhaltung ab, die durch äußere Entwicklungen noch verstärkt wurde.

Schon nach dem Frieden von Füssen war deutlich, daß der reichspolitische Spielraum Bayerns erheblich zurückgegangen war. Das gescheiterte Königswahlprojekt war wohl einer der Anstöße für den weltpolitisch wichtigen Bündniswechsel von 1756, den der neue österreichische Staatskanzler Kaunitz schon länger geplant hatte. Der entscheidende Grund aber war der Aufstieg Großbritanniens zur Weltmacht, der die Bedeutung der Kontinentalmächte relativiert hatte und den Briten eine Politik des gesteuerten kontinentalen Gleichgewichts ermöglichte. Das Zusammengehen Österreichs und Frankreichs im *Renversement des alliances* war die Folge; konsequent näherten sich Preußen und Großbritannien. Daraus folgte die weitgehende Preisgabe Norddeutschlands durch Habsburg und die endgültige Anerkennung des deutschen Dualismus, aber auch der Wegfall des österreichisch-französischen Spannungsfeldes in Süddeutschland, das bislang den mindermächtigen Ständen, zu denen nun auch Bayern zu rechnen war, ein Stück Selbständigkeit ermöglicht hatte. Auch die Kurpfalz war betroffen - sie mußte sich nun neu mit Österreich arrangieren. Dadurch bestimmte sich für beide Kurstaaten die Politik im Siebenjährigen Krieg.

In dieser Konstellation suchten Bayern wie

Frankreich Reste der alten Zusammenarbeit zu bewahren. Max III. Josef und seine Minister waren bestrebt, den letzten Spielraum bayerischer Handlungsfähigkeit zu erhalten. Frankreich, das noch 1755 Garantien gegen Österreich ausgesprochen hatte, setzte das finanzschwache Bayern unter Druck, um es trotz eines britischen Subsidienangebots in der österreichisch-französischen Allianz zu halten. Aber schon 1759 zog Bayern sein Auxiliarkorps zurück. Es entsprach dem Ringen um Freiraum, daß Kurfürst Max III. Josef 1762 sogar die Chance nützte, auf einen Neutralitätskurs einzuschwenken. Daß sich dabei Bayern auf Spielregeln der Reichsverfassung zurückzog, zeigte, daß die französische Partnerschaft nur noch begrenzte Möglichkeiten hergab. Nun war der Schwund bayerischen Eigengewichts besiegelt, der durch Internationalisierung und teilweise Entkonfessionalisierung der deutschen Politik heraufgeführt worden war. Selbst bescheidene Kriegsziele beider wittelsbachischer Kurfürsten fanden keine Beachtung.

Die Kinderlosigkeit Max' III. Josef brachte dagegen Bayern vollends ins Visier der österreichischen Politik, die an Arrondierungen dachte - der Erwerb Bayerns hätte einen Ersatz für den Verlust Schlesiens bedeutet. Dies wollte München im Sinne der wittelsbachischen Solidarität verhindern und die Nachfolge des Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz in Bayern sichern. Dieser freilich signalisierte Bereitschaft zum Eingehen auf einen Austausch Bayerns gegen die österreichischen Niederlande und war bereit, das Problem gegen die Interessen des Münchener Hofes zusammen mit Österreich zu lösen. Daß der Plan zweimal am Widerstand Preußens und des Reichssystems scheiterte, hatte vornehmlich seine Ursachen in der Maßlosig-